Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.] Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. [Telephon Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1.60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 22. | Dienstag, den 27. Januar 1903. | 10. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Ballestrems Flucht ins Plenum.

Der Präsident des Reichstages hat sich ins Plenum geflüchtet, um sich von diesem rehabilitiren zu lassen. Längst war das Mandat des Präsidenten durch zahlreiche Rechtsbrüche durchlöchert; jetzt hat er es zerrissen und der Mehrheit des Reichstages vor die Füße geworfen, — um sich von ihr ein neues Mandat ausstellen zu lassen. Die Autorität des Präsidenten bedurfte schon lange dringend einer Auffrischung; eine solche war unausweichlich geworden, nachdem er nicht einmal in der Parteilichkeit Konsequenz geübt hatte. Ballestrem hat die Feststellung dieser mangelnden Konsequenz durch die „Kreuzzeitung“ zum Anlaß, zum Vorwand genommen, um zu demissioniren, und er glaubte wohl, sich einen guten Abgang zu sichern und zugleich für die Zukunft zu sorgen, wenn er den Verrath des Junkerblattes an der Solidarität der Brodwuchermehrheit öffentlich festnagelte.

Es giebt in allen Dingen, im Guten wie im Bösen, ein Gesetz der Ueberlegenheit, der Konsequenz, gleichgültig, ob der einmal eingeschlagene Weg ein legaler oder ein verbrecherischer Weg ist. Wer auf halbem Wege stehen bleibt, wer wackelt und fackelt und Seitensprünge macht, verscherzt sich alle Vortheile seiner Taktik und hat allein deren Unkosten zu tragen. Graf Ballestrem wie auch die „Kreuzzeitung“ sind beide in ihrer Weise diesem Gesetz untreu geworden und suchen sich nun gegenseitig dafür verantwortlich zu machen, daß die Geschäftsführung im Reichstag unsicher geworden und der Mehrheitspräsident mit seinen Kenntnissen hereingefallen ist.

Gewiß, die „Kreuzzeitung“ hat zuerst die Bandensolidarität der Brodwuchermehrheit durchbrochen. Herr Kropatschek kann nun einmal das Schulmeistern nicht lassen, und er konnte es sich nicht versagen, sich der flagranten Parteilichkeit des Präsidenten gegenüber auf den „Unparteiischen“ hinauszuspielen. Da nun einmal Graf Ballestrem der Publizistik des Herrn Kropatschek die Ehre angethan hat, sie zum Vorwand seiner Demission zu nehmen, so sei dieses historische Aktenstück der Vergangenheit entrissen. In ihrer Mittwoch Abend-Ausgabe schrieb die „Kreuzzeitung“:

> Das Verhalten des Reichstagspräsidenten gegenüber dem sozialdemokratischen Abg. v. Vollmar, der die Krupp-Angelegenheit zur Sprache bringen wollte, hat in der Presse bisher nur recht spärliche Billigung gefunden. Wir haben nun zwar für das Geschick, die Unparteilichkeit und die Energie, mit der Graf Ballestrem bisher die Geschäfte des Reichstags geführt hat, volles Verständniß, halten es auch nicht für richtig, jedes vermeintliche Versehen, das einem Manne in dieser verantwortungsvollen Stellung unterläuft, mit scharfer Kritik zu rügen. Aber wir müssen doch der Auffassung Ausdruck geben, daß Graf Ballestrem durch das gegen den Abg. v. Vollmar gerichtete Verbot sich in Widerspruch gesetzt hat mit den Grundsätzen, die er früher aufgestellt hatte. Auch der Versuch, diesen Widerspruch durch Hervorkehrung neuer Unterschiede bei Kaiserlichen Kundgebungen zu lösen, scheint uns nicht geglückt. Nicht immer läßt sich mit Sicherheit sagen, ob eine derartige Kundgebung persönlichen oder allgemein politischen Charakter hat. Jedenfalls läßt sich einem Theile der öffentlich bekannt gegebenen Aeußerungen, die Seine Majestät der Kaiser an den Heimgang Krupps und an dessen unerhörte Verdächtigung durch die sozialdemokratische Presse geknüpft hat, der politische Charakter nicht absprechen.
>
> Allem Anscheine nach hat Graf Ballestrem die Besorgniß gehabt, daß die Besprechung der Krupp-Angelegenheit von einzelnen Rednern zu tendenziösen Angriffen auf das monarchische Gefühl der großen Mehrheit des Reichstags und des deutschen Volkes gemißbraucht werde. Das würde seinem patriotischen Gefühle alle Ehre machen. Aber es läßt sich nicht leugnen, daß bei der Besprechung des Swinemünder Telegramms die gleiche Gefahr obgewaltet hat. Nach unsrer Auffassung läßt sich die ungleichartige Stellung des Präsidenten zu der Besprechung dieses Telegramms und derjenigen der Krupp-Angelegenheit schwer rechtfertigen. Es kann deshalb nicht überraschen, daß die sozialdemokratische Fraktion in einer scharfen, vom „Vorwärts“ in seiner Mittwoch-Ausgabe veröffentlichten Erklärung gegen das Vorgehen des Grafen Ballestrem Einspruch erhoben hat.
>
> In der Auffassung, daß eine Erörterung des Falles Krupp und der an ihn geknüpften Kaiserlichen Kundgebungen durch den Reichstag nicht erwünscht ist, stimmen wir mit dem Präsidenten desselben völlig überein. Wir meinen jedoch, daß auch eine Erörterung des Swinemünder Falles besser unterblieben wäre. Am besten wäre es, wenn der Reichstag zu seiner früheren Stellung zurückkehrte, wenn die loyal denkenden Mitglieder sich der Kritik Kaiserlicher Kundgebungen, die nicht als feierliche Staatsaktionen erscheinen, enthielten und den Versuchen der übrigen Mitglieder, eine derartige Kritik herbeizuführen, ausnahmslos durch Eingreifen des Präsidenten vorgebeugt würde. Graf Ballestrem würde seine Verdienste um die Sicherung einer angemessenen Geschäftsführung des Reichstags erhöhen, wenn er zur Wiederherbeiführung jenes Zustandes das seinige beitragen wollte.

Aus dieser Auslassung spricht zunächst nur der fraktionelle Aerger der konservativen Meinungsfabrikanten über die moralischen Erfolge des Zentrumsredners bei Besprechung des Swinemünder Telegramms. Graf Ballestrem konnte diese Stilübung ignoriren, und er hat sie auch einen ganzen Tag lang ignorirt. Erst als er sich durch Bebels parlamentarisches Meisterstück überrumpelt sah, als er selbst in seiner Parteilichkeit irre und schwach geworden war, griff er am Freitag auf die Moralpredigt des Herrn Kropatschek zurück und deckte mit der „Kreuzzeitung“ seine Blöße. Er hat nunmehr für sich selbst damit Buße gethan vor dem Gewissen der Oeffentlichkeit und der „Kreuzzeitung“ zugleich eine gute Lehre auf den Weg mitgegeben, die diese sich hinter die Ohren schreiben wird.

Kein Zweifel: Graf Ballestrem wird wiedergewählt werden; die Brodwuchermehrheit kann und wird ihren Präsidenten nicht fallen lassen. Das vom Schmutz der Brodwucherkampagne triefende Reichstagspräsidium wird die Vertrauenskundgebung einer Neuwahl als ein reinigendes Bad der Wiedergeburt begrüßen. Und die Presse der Staatsstreichmehrheit wird von nun an begreifen, daß sie in der Beurtheilung der Amtsführung ihres Präsidenten Disziplin zu üben hat und daß die Komplizität der Rotte Kardorff weder moralische Sentimentalitäten noch fraktionelle Rivalitäten erträgt. Für den Gewalthaufen der Brodwucherer gilt heute das Kriegsrecht, und im Kriege schweigen die Gesetze der politischen Moral, wie der Hader der einzelnen Gruppen. Das ist der Sinn der Demission des Grafen Ballestrem.

Graf Ballestrem wird wieder den Präsidentenstuhl zieren, aber auch seine Wiederwahl wird einen eigenen Sinn haben. Das bisherige Mandat des Präsidenten war ihm vom ganzen Hause ausgestellt; er war der Präsident des Reichstags gewesen. Nach seiner Neuwahl wird er nur noch der Präsident der Mehrheit sein. Und darum bedeutet die Flucht des Grafen Ballestrem ins Plenum eine wünschenswerthe Klärung der parlamentarischen Verhältnisse.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Geniestreich der Zöllner-Mehrheit des Reichstages, der für den nächsten Donnerstag geplant ist, wo die Geschäftsordnungs Umstürzler den Grafen Ballestrem als Präsidenten wiederwählen wollen, wird von den Reaktionären nicht ohne eine gewisse Sorge erwartet. Sie bezweifeln, daß das Haus beschußfähig sein wird; ein nicht beschlußfähiges Haus aber würde sofort der Vertagung verfallen. Die Linke hat natürlich das größte Interesse daran, vollständig zur Stelle zu sein. Schwänzen die Zöllner in größerer Zahl, so wird die Zahl der Mißtrauenszettel um so mehr ins Gewicht fallen und die Demonstration gegen das Vorhaben der reaktionären Mehrheit wird sich um so wirksamer ausnehmen

Die Sicherung des Wahlgeheimnisses, die Graf Bülow durch Einführung der Stimmzettelkouverts und Isolirräume in Aussicht stellte, regt die Konservativen ganz gewaltig auf. Die konservative „Schles. Ztg.“ schreibt: „Daß Graf Bülow damit Leuten, die nach Vieler Meinung die Peitsche verdient haben, Zuckerbrod verabreichen wolle, ist natürlich ausgeschlossen,“ und fährt dann fort: „Des Räthsels Lösung ist wohl darin zu finden, daß der Redner des Zentrums, dessen der gewerblichen Arbeiterschaft angehörige Wähler durch die Zustimmung der Partei zur Erhöhung der Lebensmittelzölle einigermaßen in Unruhe gerathen sind, Maßregeln zur Sicherung des Wahlgeheimnisses verlangte. Die Erfüllung dieses Verlangens wird nun den Arbeitern als ein Erfolg des Zentrums dargestellt werden können und bildet mit Rücksicht hierauf vielleicht einen bisher unbekannten Theil des Kompromisses bei der Erledigung des Zolltarifs.“ Noch deutlicher tritt der Grimm im frommen „Reichsboten“ hervor, der zugleich auch die Herzenswünsche der Reaktionäre verräth. Er schreibt: „Wahrscheinlich wird diese Maßregel zunächst der Sozialdemokratie und dem Freisinn zu Gute kommen, so daß man nicht recht weiß, wie der Reichskanzler grade jetzt vor einer so aufgeregten Wahlperiode zur Einführung einer solchen Maßregel kommt. Wenn man einmal die Hand an das Wahlgesetz legen wollte, dann gab es andere Punkte; statt des freisinnigen Antrages hätte man die Vorschläge auf Einführung der Verlegung der Wahlgrenze vom 25. auf das 30 Lebensjahr und Einführung der Wahlpflicht in Betracht ziehen sollen. Die Verstärkung des Geheimnisses der Wahlen dürfte schwerlich zur Verstärkung einer vernünftigen Wahl ausschlagen.“ Vernünftig ist eine Wahl nach konservativen Begriffen nur, wenn der Gutsherr oder der Landrath gewählt wird. Dieser „Vernunft“ bietet die Neuerung, wenn es dazu kommt, freilich keine glänzenden Aussichten.

Großer sozialreformischer Eifer soll nach der „Tägl. Rundschau“ im Reichsamt des Innern ausgebrochen sein. Eine ganze Reihe neuer Maßnahmen zur Erweiterung des Arbeiterschutzes sind nach Mittheilung von „bestunterrichteter Seite“ in Aussicht und zum Theil auch schon in Angriff genommen. Das Blatt theilt darüber mit: Durch die kaiserliche Verordnung vom 31. Mai 1897 ist der wesentliche Inhalt der §§ 135—139 der Gewerbeordnung über die Einschränkungen der Beschäftigung von Kindern, jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen in Fabriken (Dauer der Arbeit, Einhaltung von Arbeitspausen 2c.) auf diejenigen Werkstätten der Kleider- und Wäschekonfektion ausgedehnt worden, in welchen die Anfertigung von Kleidern und Wäsche im Großen erfolgt. In anderen Konfektionswerkstätten, in denen nur auf Bestellung nach Maß für den persönlichen Bedarf des Bestellers gearbeitet wird, erschien zur Zeit des Erlasses jener Verordnung eine Regelung der Arbeitsverhältnisse der Frauen und jugendlichen Arbeiter nicht erforderlich. Nach wiederholten Mittheilungen der Gewerbeaufsichtsbeamten aus verschiedenen Theilen des Reichs sind indessen in den Maßgeschäften der Damenkonfektion Arbeitszeiten von übermäßiger Dauer so häufig festgestellt worden, daß die Beseitigung dieses Uebelstandes ernstlich ins Auge gefaßt werden muß. Das Reichsamt des Innern hat daher zunächst bei der königlich preußischen Regierung die Erörterung der Frage angeregt, ob es sich empfiehlt, die §§ 135 ff. der Gewerbeordnung nunmehr auch auf die Maßgeschäfte der Damenkonfektion und der Kinderkleiderverfertigung auszudehnen. In Verfolg dieser Anregung hat der preußische Handelsminister bereits gutachtliche Aeußerungen der Regierungspräsidenten hierüber eingefordert. Vorbereitet wird im Reichsamt des Innern ferner der Erlaß neuer Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen in Meiereien und Anlagen zur Sterilisirung von Milch, über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Ziegeleien, über die Einrichtung und den Betrieb der Bleifarben- und Bleizuckerfabriken, ferner der Erlaß einer kaiserlichen Verordnung, durch welche die §§ 135 ff. der Gewerbeordnung auf die Werkstätten der Tabakindustrie ausgedehnt werden. Entwürfe zur Erneuerung der Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Hechelräumen und dergl., über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Gummiwaarenfabriken und über die Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern auf Steinkohlen-Bergwerken sind dem Bundesrathe bereits zur Beschlußfassung vorgelegt worden. Nach der Erledigung des dem Reichstage bereits zur Beschlußfassung vorliegenden Gesetzentwurfs über die Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben wird voraussichtlich baldigst ein Gesetzentwurf über die Heimarbeit in der Zigarrenindustrie ausgearbeitet werden. — Wenn die „Tägl. Rundschau“ recht hat, so sieht es fast aus, als ob die Reichsregierung durch eine Reihe kleiner Reformen sich vor den Reichstagswahlen noch Absolution für ihre Zollsünden erwirken wollte. Doch auf das Motiv kommt es ja hier nicht an, wenn die Maßregel gut ist. Das muß sich erst bei näherer Besichtigung zeigen. An und für sich sind die angekündigten Maßnahmen ja erfreulich, es kommt aber doch wesentlich auf die näheren Bestimmungen an. Deutscher Arbeiterschutz pflegt in den meisten Fällen durch Ausnahmen siebartig durchlöchert zu sein.

Der Bundesrath hat es, wie offiziös abgelehnt, einem ihm aus Gastwirthskreisen zugegangenen Gesuch zu entsprechen, die Bestimmung zu beseitigen, wonach den Angestellten in Gast- und Schankwirthschaften in jeder dritten Woche, in den Gemeinden mit mehr als 20000 Einwohnern in jeder zweiten Woche eine ununterbrochene Ruhezeit von 24 Stunden zu gewähren ist.

Verstand wie eine Kuh! Bei der jüngsten Danziger Nachwahl hat der konservative Reichstagskandidat v. Heydebreck nach der Naumann'schen „Zeit“ seinen Wählern klipp und klar erklärt, daß er von Politik nicht mehr verstehe, „als seine Kühe“. Die von Professor Delbrück konstatirte politische Erbweisheit der Konservativen wird also aus dem Kuhstall bezogen.

Einen erfreulichen Erfolg erzielten unsere Genossen in Braunschweig bei den Stadtverordnetenwahlen. Von den vier Wahlbezirken, in denen eine Wahl stattfand, wurden zwei gleich im ersten Ansturm erobert und in den beiden andern sind unsere Genossen in die Stichwahl gelangt.

Darf der Soldat seinem Vorgesetzten aktiven Widerstand leisten? In der regierungs- und militärfrommen „Augsb. Abendztg.“ findet man einen sehr bezeichnenden, längeren Artikel über Soldatenmißhandlungen, der noch dazu aus Offizierskreisen kommt. Der Verfasser geht von dem „scheußlichen“ Fall in Rendsburg aus und bemerkt, solche Vorgänge seien nur möglich, weil es den unteren Kommandostellen oft nicht gelingen wolle, die Mannschaften über Rechte und Pflichten der Vorgesetzten und Untergebenen so aufzuklären, daß jeder Soldat wisse, wie

er sich zu verhalten habe gegenüber einem verrückten oder gemeinen Verlangen eines Vorgesetzten. In einem solchen Falle müsse nicht nur der Soldat den Gehorsam verweigern, sondern dürfe auch passiven oder, in Nothwehr, sogar aktiven Widerstand leisten. — Was werden die preußischen Kollegen des bayerischen Artikelschreibers dazu sagen?

Braunkohlenbergwerk in städtischer Regie. Die Stadtverordneten in Görlitz beschlossen, in der Haide bei Penzig ein Braunkohlenbergwerk in eigener Regie anzulegen. Das Gutachten sieht einen jährlichen Reingewinn von mindestens 150 000 Mk. voraus; das Anlagekapital von einer Million Mark wurde bewilligt.

Ein Säbelduell fand Freitag in Jena zwischen dem dortigen Rechtsanwalt Oberländer und dem Referendar Jahn statt, bei dem Jahn schwer verwundet wurde. Der Anlaß zum Duell waren Differenzen zwischen beiden, im Verlaufe deren der Rechtsanwalt den Herrn Referendar geohrfeigt hatte. Nun hat ersterer den letzteren auch noch mit dem Sabul zugerichtet. Die beiden Gesetzeswächter haben mit dem Duell und seinem Ausgange der Gerechtigkeit in doppelter Beziehung in's Gesicht geschlagen.

Zum Selbstmord des Landraths v. Willich in Birnbaum, worüber wir bereits unter „Kleine politische Nachrichten" berichtet haben, wird der „Voss. Ztg." aus dem dortigen Kreise noch geschrieben: „Herr v. Willich war ein noch junger, reich begüterter, in weiten Kreisen beliebter Beamter. Es ist dies der Schlußakt einer vielbesprochenen Angelegenheit, die sich — allerdings größtentheils unter Ausschluß der Oeffentlichkeit — in der Provinz Posen abgespielt hat. Dem Vernehmen nach ist Herr v. Willich der erste gewesen, der seinerzeit die Kassenführung des Majors v. Endell einer abfälligen Kritik unterzogen und ein strafrechtliches Einschreiten gegen v. Endell veranlaßt hat. Herr v. Endell wurde freigesprochen — angeblich, nachdem er Herrn v. Willich zum Zweikampf gefordert, und dieser die Forderung wegen Satisfaktionsunfähigkeit des Fordernden abgelehnt hatte. Die ehrengerichtliche Untersuchung soll zu ungunsten des Landraths ausgefallen sein. Thatsache ist, daß die „gute Gesellschaft", d. h. die Großgrundbesitzer des Kreises, den Verkehr mit ihm abbrachen und ihm vor einem öffentlichen Festessen erklärten, daß sie sich bei seinem Erscheinen entfernen würden. Herr v. Willich, der soeben bei Gelegenheit des Kaisermanövers vom Kaiser in auffallender Weise ausgezeichnet und demnächst zum königlichen Kammerherrn ernannt worden war, nahm einen mehrmonatlichen Urlaub, den er in Wiesbaden verbrachte. Nach seiner Rückkehr war der sonst heitere und lebensfrohe Mann verschlossen und schwermüthig. Am Mittwoch zog er sich vom Frühstückstisch in sein Zimmer zurück, das er hinter sich abschloß, und erschoß sich mittels eines Jagdgewehrs. Er hinterläßt eine junge Frau und drei kleine Kinder. Der Spruch und die Gründe des Ehrengerichtshofs sind nicht bekannt geworden. Es ist wohl möglich, daß dem gutherzigen, aber etwas hitzigen Manne ein Versehen zur Last fällt. Daß er aber in bösem Glauben gehandelt hat, glaubt hier Niemand."

Für Friedrich den Großen ist kein Platz. Die deutsche Regierung soll, wie die „Frankfurter Zeitung" meldet, von Amerika aufgefordert worden sein, die Statue Friedrichs des Großen, die im Mai aufgestellt werden sollte, vorläufig zurückzuhalten, da der Platz vor der Kriegsakademie, wo die Statue errichtet werden sollte, infolge mancher Ausschachtungen in schlechter Verfassung sei. Deutschland soll die Statue zurückhalten, bis Amerika sie verlangt, da man befürchtet, daß sie bei längerem Lagern hier beschädigt werden könne. In Betreff dieses Gerüchts wollten amtliche Stellen keine Auskunft geben, indessen wird es vielfach geglaubt. — Wenn Amerika sie nun gar nicht verlangt?

Die Venezuela-Affaire. Entgegen der Meldung des Kommodore Scheder, wonach die „Vineta" bereits am 21. Januar das Fort San Carlos bei Maracaibo völlig zerstört haben sollte, berichtet „Reuters Bureau" unterm 23. Januar: „Das Bombardement der deutschen Kriegsschiffe dauert fort. Das Fort hat noch nicht kapitulirt. Der Austausch von Nachrichten ist erschwert und die Stadt in großer Aufregung." Die deutsche Jingopresse hätte demnach also noch gar keine Ursache, über den neuesten „Sieg deutscher Waffen" zu frohlocken. Selbst wenn aber schließlich, woran bei der Uebermacht der deutschen Streitkräfte gar nicht zu zweifeln ist, der Sieg endgültig den Deutschen zufallen sollte, auch dann hätte man keine Ursache, darauf besonders stolz zu sein. Das venezolanische Fort war nämlich artilleristisch auf einen Kampf mit den schweren Marinegeschützen der deutschen Flotte nicht eingerichtet. Gegen seine größtentheils veralteten Kanonen kämpft eine unzehnfache Uebermacht. Da der große Kreuzer „Vineta" 24 schwere Geschütze und 18 Maschinenkanonen mit 465 Mann und der kleine Kreuzer „Gazelle" 10 schwere Geschütze und 18 Maschinenkanonen mit 250 Mann als Besatzung führt, so wurden diesmal einschließlich des Kanonenbootes „Panther" 36 schwere Geschütze, 44 Maschinenkanonen und 836 Mann gegen das Fort San Carlos in den Kampf gebracht. Der moralische Erfolg läge also trotz alledem auf Seiten der Venezolaner, die bewiesen haben, daß sie nicht nur reaumuistische Reden führen, sondern sich auch mit bewundernswürdiger Bravour zu schlagen wissen. — In den Vereinigten Staaten wird die Stimmung gegen Deutschland immer feindseliger. Als Beispiel führt die „Frkf. Ztg." an, daß dieser Tage der Sohn des Kriegsministers v. Goßler bei einem größeren Diner schwer insultirt wurde. Ferner bringt das New Yorker „Journal" eine volle Leitartikelseite mit der Aufforderung an den Präsidenten, sofort Deutschland und die verbündeten Mächte aufzufordern, die Blockade aufzuheben. Die Senatoren und Repräsentanten werden unruhig infolge vieler telegraphischer und brieflicher Aufforderungen aus ihren Wählerkreisen, den Präsidenten zum Vorgehen zu drängen. Man findet Bülows Erklärung, es habe sich um das deutsche Prestige gehandelt, wenig befriedigend, denn eine Weltmacht wie Deutschland könne durch die Anklägerin einer armseligen Macht wie Venezuela nichts verlieren. Sehr viel Gewicht legen die amerikanischen Blätter darauf, daß bei dem Bombardement so viele unbetheiligte Personen getödtet worden sind. Das Urtheil des Korrespondenten des Frankfurter Blattes geht schließlich dahin, daß, falls sich noch eine ähnliche Affaire wie die von San Carlos ereignet, das Kabinet sich dem Ansturm der öffentlichen Meinung, wie sie im Kongreß zum Ausdruck gebracht werden wird, nicht widersetzen kann, und daß dann ganz bedeutende Schwierigkeiten entstehen werden. — Infolge der Blockade verhungert. Wie verlautet, hatte das niederländische Panzerschiff „De Ruyter", welches am 21. d. M. von der Insel Los Roques in La Guaira eintraf, auf der Insel 17 Menschen todt vorgefunden, welche durch den infolge der Blockade entstandenen Mangel an Lebensmitteln verhungert bezw. verdurstet waren. Einzelne Blätter bezeichnen dies traurige Vorkommniß als einen Erfolg der Blockade. In Wirklichkeit handelt es sich aber nur um die — zum mindesten fahrlässige — Aushungerung der Bewohner einer kleinen Insel, deren unverschuldetes Schicksal, das wärmste Theilnahme verdient, für den Erfolg der Blockade absolut gleichgültig ist.

Kleine politische Nachrichten. Der Matrose Kohler hat, wie aus Wilhelmshaven gemeldet wird, gegen seine Verurtheilung zum Tode Berufung eingelegt. — Wie der „Frankf. Ztg." aus Karlsruhe gedrahtet wird, hat die Staatsanwaltschaft in dem Duellprozeß Ruff gegen die Freisprechung der Ehrenrichter und der Kartellträger beim Reichsgericht Revision eingelegt. — Der Korrespondent der „Voss. Ztg.", Lazan, wurde wegen die serbische Armee diskreditirender Berichte aus Serbien ausgewiesen.

Rußland.

2000 eingesessene deutsche Kolonistenfamilien im Generalgouvernement Wolhynien beabsichtigen im Frühjahr nach der Provinz Posen auszuwandern und sich dort von der Ansiedelungskommission Land anweisen zu lassen.

Frankreich.

Jaures für den Völkerfrieden. Am Freitag hat in der französischen Kammer unser Genosse Jean Jaures eine glänzende Rede für den Völkerfrieden gehalten, die dem Grafen Bülow zum Theil sehr wenig zusagen wird. Wir heben aus der Rede folgende Stellen hervor: „Die jüngst hier gehörten Reden haben der Debatte eine solche Bedeutung gegeben, daß die Kammer es entschuldigen wird, wenn ich mich nicht streng an den Gegenstand der Interpellation Lasies halte. Was man mit diesen Reden versucht, ist mir klar. Man will die republikanischen Parteien trennen! Man hat das nicht vermocht, indem man uns die Feinde des Eigenthums nannte, man versucht es jetzt, indem man uns als Feinde des Vaterlandes hinstellt. . . . . Ich bin überzeugt, daß auch Deutschland seit 32 Jahren keinen Angriff gegen uns geplant hat. (Gesteigerte Unruhe). Allerdings hat es seine Eroberungen oft mit Brutalität und Arroganz geschützt, die unerträglicher ist als ein offener Angriff! (Bewegung). Wenn der Dreibund heute seine arrogante Haltung aufgegeben, Deutschland fast herzliche Beziehungen zu uns erstrebt, Italien sich uns nähert: Was ist da die Ursache? Die Ursache ist die ökonomische Rivalität zwischen England und Deutschland, der Aufschwung des Liberalismus in Italien, aber auch der Umstand, daß in Frankreich die Republikaner den Cäsarismus niedergeworfen haben, der Europa in Unruhe hielt. (Beifall links)." — Graf Bülow dürfte von der treffenden Bemerkung, mit welcher der „hervorragende Politiker" den Cäsarismus kennzeichnet, wenig erbaut sein. Warum man die Sozialisten in allen Ländern als „Feinde des Vaterlandes" hinstellt, dürfte für den deutschen Reichskanzler auch sehr lehrreich sein. Der Antisemit Lasies hatte in seiner Interpellation ein Einschreiten der Regierung wegen angeblicher „anarchistischer Umtriebe in der Armee" verlangt. Die Kammer folgte aber den unsinnigen Vorschlägen des Antisemiten nicht, sondern sprach schließlich der Regierung mit 453 gegen 57 Stimmen ihr Vertrauen aus.

Die Deputirtenkammer hat am Sonnabend bei der Fortsetzung der Wahlprüfungen die Wahl des Abgeordneten Fould in den Hochpyrenäen wegen zahlreicher Bestechungen und Geschenkzuwendungen für ungültig erklärt. Obwohl Fould sich zur Regierungsmehrheit zählte und mit 500 Stimmen Mehrheit gewählt war, fanden sich nur noch 18 Stimmen für seine Gültigkeit, während 489 Abgeordnete dagegen stimmten.

Die zweijährige Dienstzeit. Im Senat steht zur Zeit der Gesetzentwurf betreffend die zweijährige Dienstzeit zur Diskussion. Der erste Titel, enthaltend die grundlegenden Bestimmungen der Artikel 1—9, ist bereits angenommen worden. Danach ist jeder Franzose zum Militärdienst verpflichtet; die Dauer der Dienstzeit ist für alle gleich. Die Gesammtdauer der militärischen Dienstzeit beträgt 25 Jahre. Die wegen gemeiner Vergehen und Verbrechen vorbestraften Personen sind vom Militärdienst ausgeschlossen. Das Gesetz räumt noch mit einer anderen Ungerechtigkeit auf, indem es bestimmt, daß die Offiziere, welche die hohen Schulen von Saint Cyr ꝛc. absolvirt haben und die bisher den gewöhnlichen Dienst in der Kaserne nicht kennen gelernt haben, in Zukunft ein Jahr als Soldat zu dienen haben.

England.

Schritte zur Begnadigung des Obersten Lynch. Sir Redmond, der Führer der irländischen Partei im Unterhause hat die irländischen Deputirten zur Berathung über Mittel und Wege zusammenberufen, um die Begnadigung des zum Tode verurtheilten Obersten Lynch zu erwirken. Der Konferenz wird der Vertheidiger Lynchs beiwohnen. In London nimmt man allgemein an, daß Lynch zu längerer Freiheitsstrafe begnadigt werden wird.

Rumänien.

Ueber den großen Finanzskandal, der dieser Tage in Bukarest aufgedeckt worden ist, meldet nunmehr die offiziöse „Agence Roumaine" ausführlich: Der Vizedirektor des Staatsschuldendienstes, Parisiana und der Bureauchef dieses Amtes Dimitrescu wurden unter der Beschuldigung verhaftet, in den Jahren 1899 bis 1901 Veruntreuungen bei den Losziehungen der 4prozentigen rumänischen Staatsrente begangen zu haben. Sie wurden dazu durch zwei kleine Bukarester Bankiers mit Namen Abehary und Behar verleitet, welche vor den Ziehungen Stücke der Rente kauften und mit Hülfe der beiden genannten Beamten betrügerischer Weise bewirkten, daß ihre Titres gezogen wurden, wobei sie aus der Differenz zwischen dem Parikurse und der damals sehr niedrigen Notierung der Rente Nutzen zogen. Eine ähnliche Veruntreuung, so heißt es in der Erklärung weiter, ist unter der gegenwärtigen Regierung unmöglich geworden. Der Finanzminister hat sich seit längerer Zeit jede Gewährleistung für ordnungsmäßigen Verlauf der Ziehungen verschafft und präsidirt dabei persönlich. Als Albahary und Behar ihre Spekulation scheitern sahen, machten sie bei dem Minister einen Erpressungsversuch, indem sie unter der Drohung, die Angelegenheit zu verbreiten und so dem Kredit Rumäniens zu schaden, eine halbe Million verlangten. Als Antwort verständigte der Minister die Justizbehörde, welche Behars Verhaftung veranlaßte; Albahary ergriff die Flucht nach dem Auslande, wurde aber in Nizza verhaftet. Uebrigens ist, wie noch weiter aus Wien gemeldet wird, in den Skandal auch ein Berliner Börsenmakler, Namens Liebling, verwickelt. Seitens der rumänischen Regierung wurde gegen ihn auf diplomatischem Wege Strafanzeige in Berlin erstattet. Liebling soll dem rumänischen Finanzminister alle Einzelheiten der Veruntreuungen mitgetheilt und für Verschweigung derselben gegenüber der Oeffentlichkeit anderthalb Millionen Francs verlangt haben.

Afrika.

In der Kapkolonie ist ein neues Einwanderungsgesetz erlassen worden, das die Bestätigung des Gouverneurs erhalten hat und am 30. Januar d. Js. in Kraft treten soll. Die Grundzüge des Gesetzes sind folgende: Die Einwanderung gewisser Klassen von Personen ist verboten. Personen, die im Widerspruche mit den Bestimmungen des Gesetzes einwandern, werden aus der Kolonie zwangsweise entfernt und bis zur Entfernung in Haft gehalten. Die Beihülfe zur unerlaubten Einwanderung und betrügerische Angaben zum Zwecke des Nachweises über die Erfüllung der für die Einwanderungserlaubniß aufgestellten Bedingungen sind strafbar. Verboten ist die Einwanderung: 1. von Personen, die nicht im Stande sind, in irgend einer europäischen Sprache ein Gesuch an den zuständigen Minister zu schreiben und zu unterzeichnen; 2. von Personen, die nicht im nachweisbaren Besitze von Unterhaltungsmitteln sind oder die voraussichtlich der Oeffentlichkeit zur Last fallen werden; 3 von Personen, die wegen Mord, Nothzucht, Diebstahl, Betrug, Meineid oder Urkundenfälschung bestraft sind und die der Minister wegen der das Verbrechen begleitenden Umstände als unerwünschte Einwanderer bezeichnet; 4. von Irrsinnigen; 5. von Personen männlichen und weiblichen Geschlechtes, die von der Prostitution leben oder daraus Gewinn ziehen; 6. von Personen, die auf Grund einer von einem Staatssekretär oder von einem Kolonialminister oder auf Grund einer auf diplomatischem Wege von einem ausländischem Minister eingegangenen amtlichen Mittheilung von dem zuständigen Minister als unerwünschte Einwanderer erachtet werden. Das Gesetz findet keine Anwendung auf Angehörige der englischen Land- und Seemacht, auf Offiziere und Mannschaft eines unter der Staatsflagge eines fremden Staates fahrenden Schiffes, auf englische Beamte und deren Familien, auf frühere Angehörige der Freiwilligen Korps in Südafrika, wenn sie mit guter Qualifikation entlassen worden sind, auf Frauen und minderjährige Kinder der Personen, die nicht unter die oben angeführten Klassen fallen, auf in Südafrika Ansässige, sowie auf Handwerker, Arbeiter und Dienstboten, die sich über eine entsprechende Anstellung ausweisen können.

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 29. Januar.

Mit der Einigkeit im bürgerlichen Lager scheint es in unserer Vaterstadt trotz aller gegentheiligen Versicherungen doch nicht weit her zu sein. Kürzlich berichteten wir, daß die hiesigen Agrarier es ablehnen, mit den Freisinnigen zusammen zu gehen. Da auch die Nationalsozialen nicht mit in dem gemeinsamen Durchfallskessel schmoren wollen, so ist es mit dem Kompromiß und mit dem „einigen Vorgehen gegen die Sozialdemokratie" wieder nichts. Das scheint auch allmählich den Herrn vom Reichsverein und nicht minder den „helleren" Köpfen unter den Mitgliedern der freisinnigen Volksverrätherpartei einzuleuchten. In ihrer Angst flehen Letztere jetzt die Nationalliberalen an, doch auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten zu verzichten und gleich für den Kandidaten der freisinnigen Volkspartei zu stimmen. Dieser Vorschlag wird nun nicht etwa in einer hiesigen Zeitung, sondern in den freisinnigen „Eckernförder Nachrichten" gemacht. Letzteren wird aus Lübeck unterm 19. Januar geschrieben: „In einer der letzten Nummern des vor. Monats hoben die nationalliberalen „Lübeckischen Anzeigen" in einem Leitartikel hervor, daß die Zersplitterung der bürgerlichen Parteien nur den Sozialdemokraten zu Gute käme, und rügten es, daß Parteien, wo es die Sozialdemokraten zu bekämpfen gilt, sich eigene Kandidaten auch dann leisten, wenn sie nicht die leiseste Aussicht auf Erfolg haben. Dies ist aber gegenwärtig der Fall mit den Nationalliberalen hier in Lübeck. Jeder, der die hiesigen Verhältnisse kennt, weiß, daß ein nationalliberaler Reichstagskandidat hier absolut keine Aussicht hat, gegenüber dem Sozialdemokraten gewählt zu werden. Wenn es den Nationalliberalen ernsthaft um die Beseitigung des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten zu thun wäre, so würden sie auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichten und gleich bei der Hauptwahl für einen Kandidaten der freisinnigen Volkspartei stimmen. Derselbe hätte, da ihm auch viele Wähler, die nur aus Unzufriedenheit und um Opposition zu machen, für den Sozialisten stimmen, zufallen würden, sehr große Aussicht, gewählt zu werden. Weil bei dem Mangel eines freisinnigen Organs die hiesige freisinnige Volkspartei kleiner ist, als die nationalliberale Partei, würde bei Aufstellung beider Kandidaten in der Hauptwahl für erstere Partei keine Aussicht sein, in die Stichwahl zu kommen. Wenn die Nationalliberalen den Freisinnigen zumuthen, mit für ihren Kandidaten zu stimmen, so vergessen sie, daß die nationalliberalen Abgeordneten durch ihre Haltung im Reichstage nicht bewiesen haben, daß sie würdig sind, eine Handelsstadt wie Lübeck im Parlament zu vertreten. Da nun die maßgebenden Persönlichkeiten des hiesigen nationalliberalen Reichsvereins nicht gewillt zu sein scheinen, das Opfer des Verzichts einer eigenen Kandidatur zu bringen, wird Lübeck leider auch im nächsten Reichstage durch einen sozialdemokratischen Abgeordneten vertreten sein. Der hiesige sozialdemokratische „Volksbote" ist seiner Sache in dieser Hinsicht

auch schon so sicher, daß der Redakteur desselben im Oktbr. schrieb, er sei neugierig, den neuen nationalliberalen Durchfallskandidaten kennen zu lernen." — Leider ist unser Wunsch bis heute noch nicht in Erfüllung gegangen. Der nationalliberale Durchfallskandidat läßt anscheinend sehr lange auf sich warten. Nun, wir haben Zeit zum Warten! Vielleicht gesellt sich im Laufe der Monate auch noch ein freisinniger, nationalsozialer und agrarischer Durchfallskandidat hinzu. Uebrigens nimmt sich die Notiz des hiesigen volksparteilichen Korrespondenten etwas recht sonderbar aus. Dieselbe erinnert lebhaft an zwei Spitzbuben, welche sich vor den Schranken des Gerichts gegenseitig ihre Schandthaten vorwarfen, von denen aber Jeder selbst der ehrlichste Kerl von der Welt sein will. Betrachtet man sie jedoch etwas genauer, dann findet man, daß, wo der Eine mit gewaschen, der Andere mit getrocknet ist. So liegt es auch hier! Die freisinnigen Volksparteiler weisen mit Entrüstung die Zumuthung von sich, für einen nationalliberalen Kandidaten zu stimmen, weil „die nationalliberalen Abgeordneten durch ihre Haltung im Reichstage nicht bewiesen haben, daß sie würdig sind, eine Handelsstadt wie Lübeck im Parlament zu vertreten." Sehr schöne Worte, die aber auch mit vollem Recht auf die Mehrzahl der Abgeordneten der freisinnigen Volkspartei angewendet werden können! Der Name Eugen Richter sagt genug! Daß dem nationalliberalen Kandidaten auch von dieser Seite sein Reinfall prophezeit wird, ist köstlich. Noch köstlicher aber ist der Vorschlag, die Nationalliberalen, die doch „nicht würdig" sind, „eine Handelsstadt wie Lübeck im Parlament zu vertreten", sollten gleich für den „würdigeren" Kandidaten der freisinnigen Volkspartei stimmen. Die Aussicht des Letzteren soll dann ja eine sehr große sein. Wir gönnen ihnen die Aussicht! Hoffentlich aber geht es ihnen mit derselben nicht so wie Thetje, der aus den Aussichten, sich seinen Lebensunterhalt zu erwerben, nicht herauskam und schließlich, trotz seiner Aussichten, verhungerte. Es sollte uns ewig leid thun, wenn auch den hiesigen freisinnigen Volksparteilern ein ähnliches Schicksal mit ihren Aussichten beschieden wäre, da wir ja dann auf manche heitere Stunde, die uns z. B. durch den Vorschlag einer Prinzenkandidatur und durch obigen Vorschlag bereitet worden ist, verzichten müßten. Die Reichstagswähler aber ersehen auch aus vorstehender Notiz wieder, welche Zerfahrenheit im hiesigen bürgerlichen Lager herrscht! Man ist unfähig, sich gegenüber der Sozialdemokratie zu einem entscheidenden Schritt aufzuraffen. Und eine solche Gesellschaft will in unserer Vaterstadt die Sozialdemokratie aus den Angeln heben! Ein thörichter Plan, der zweifellos am Tage der Wahl durch einen glänzenden Sieg des Sozialdemokraten zerstört werden wird!

Von der „freien" Konkurrenz. Dem amtlichen Organ des Deutschen Buchdrucker-Vereins (Arbeitgeber-Organisation) entnehmen wir folgenden Protokoll-Auszug aus den Verhandlungen des Ehren- und Schiedsgerichts zu Leipzig:

„Ein illustr. Katalog in 3 Sorten (Nettopreise 20 Seiten Fol., Aufl. 600, erhöhte Preise 20 Seiten Fol., Aufl. 1600 und 8 Seiten Fol., Aufl. 5000), sollte in Druck vergeben werden. Es bewarben sich um diese Arbeit zwei Firmen in Lübeck und zwar wurde von einem Mitgliede 900 Mk. und von einer Konkurrenzfirma 450 Mk. gefordert, also eine Unterbietung schlimmster Art. Das Ehren- und Schiedsgericht setzte den gewerbsüblichen Preis mit 1066,80 Mark fest."

Da nun doch das Ehren- und Schiedsgericht bei seiner Preisfestsetzung nur die mittlere Linie eingehalten haben wird, so ergiebt sich, daß die Höchstforderung der einen hiesigen Firma noch um 166,80 Mk. geringer ist, als der angemessene Preis betragen würde. Noch schlimmer aber sieht es mit der anderen hiesigen Firma aus. Diese will die Arbeit sogar für 450 Mk., also um 616,80 Mk. unter dem gewerbsüblichen Preis herstellen. Solche Preisunterbietungen reihen sich dem Submissionsunwesen würdig an und stellen sich als eine Schmutzkonkurrenz ärgster Sorte dar, die, anstatt zur Hebung, zum völligen Ruin des Gewerbes führen muß.

Zur Aussperrung der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter in Schlutup. Seitens des hiesigen Gesellenausschusses wird uns zur Klarstellung der Differenzen im Baugewerbe folgendes geschrieben: „Von den Maurern und Zimmerern Lübecks wurde im Monat September beschlossen, den Arbeitgebern im Baugewerbe folgende Forderungen zu unterbreiten: 9 Stunden Arbeitszeit, Lohn 60 Pfg., für das Lübecker Staatsgebiet geltend. Diese Forderung wurde sämmtlichen Arbeitgebern — soweit bekannt 128 an der Zahl — übermittelt, also auch den Schlutupern. Es ist ja noch Allen bekannt, daß beim Schlutuper Bahnhofsbau die Schlutuper Unternehmer als Zwischenunternehmer fungirten, um so den Lohn zu drücken. Durch Eingreifen der hiesigen Organisation wurde dieses jedoch geändert und der Lübecker Lohn- und Arbeitstarif anerkannt. Diesen Herbst begann nun der Bau in Wesloe; er wurde einem Schlutuper Meister übertragen. Derselbe entlohnte die Arbeitnehmer mit 48 resp. 36 Pfg. Stundenlohn; auch hier mußte die Organisation eingreifen. Jetzt wurde die Essigbrauerei von Gebr. Buck (Architekt Wilken in Schlutup) vergeben; an der Submission betheiligten sich auch hiesige Meister. Den Zuschlag erhielten Mehrprahl u. Schmidt in Schlutup. Diese zahlten nun den Schlutuper Lohn mit 42 Pfg. Hierauf beanspruchten die sämmtlichen dort beschäftigten Bauhandwerker den Lübecker Lohn für diesen Bau. Für die übrigen Bauten verlangten sie einen Stundenlohn von 50 Pfg. für Maurer und Zimmerer und von 38 Pfg. für Bauarbeiter. Arbeitgeber und Arbeitnehmer einigten sich schließlich für die Essigbrauerei auf 53 Pfg. für Gesellen und 40 Pfg. für Bauarbeiter, für die übrigen Bauten sollten für Gesellen 46 Pfg., für Arbeiter 36 Pfg. bezahlt werden. Nach Verlauf von 8 Tagen erklärten die Unternehmer, sie könnten es nicht bezahlen. Sie wollten für die Brauerei 50 Pfg. resp. 38 Pfg. zahlen, für die übrigen Bauten sollten die vorstehenden Abmachungen auf ein Jahr festgesetzt werden. Hiermit erklärten die Arbeitnehmer sich nicht einverstanden, worauf sämmtliche Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter am Sonnabend den 24. Januar entlassen worden sind. Da die Unternehmer eine Verhandlung mit dem Gesellenausschuß ablehnen, wird es Pflicht der organisirten Kollegen sein, den Unternehmern den Standpunkt klar zu machen, indem kein Arbeitnehmer sich bereit finden läßt, die Arbeit eher wieder aufzunehmen, bis nicht eine Einigung mit dem Gesellenausschuß erfolgt ist."

Für Eltern und Vormünder! Die in der Tarifgemeinschaft vereinigten Deutschen Buchdrucker-Prinzipale und -Gehilfen ersuchen uns, Eltern und Vormünder darauf aufmerksam zu machen, daß sie bei Zuführung ihrer Kinder oder Pflegebefohlenen in den Buchdruckerberuf die nöthige Vorsicht bei Wahl der Lehrstätte obwalten lassen sollen. Die Angehörigen des Gewerbes theilen die Buchdruckereien Deutschlands nämlich in zwei Kategorien: 1. in tariftreue, welche den deutschen Buchdrucker-(Lohn)Tarif anerkannt haben, und 2. in tarifwidrige, welche ihre Gehilfen unter diesem von der Mehrheit der Prinzipale und Gehilfen vereinbarten Tarif entlohnen. Der deutsche Buchdruckertarif ist nach Beschluß der Prinzipale und Gehilfen zum Lohngesetz geworden, und es ist in demselben auch bestimmt, wieviel Lehrlinge zur Zahl der beschäftigten Gehilfen in den einzelnen Druckereien gehalten werden dürfen. Damit wird erreicht, daß der ordnungsgemäßen Zahl von Lehrlingen die nöthige Ausbildung zu theil werden kann, und dann ist man bestrebt, durch Vermindern der Lehrlingszahl die im Gewerbe dauernd vorhandenen Arbeitslosen ihrer Beschäftigung wieder zuzuführen. Diejenigen Firmen nun, welche den deutschen Buchdruckertarif nicht anerkennen, sind es zumeist, die Lehrlinge in einer Ueberzahl beschäftigen, dieselben einseitig ausbilden und kurz nach beendeter Lehrzeit ihnen die Wahl einer anderen Arbeitsstätte eindringlichst empfehlen, um wieder einem neuen Lehrlinge Platz zu machen. Der jung Ausgelernte, für seine Leistungen als Gehilfe nicht genügend vorgebildet, wird nun entweder arbeitslos bleiben, oder aber zu einem Lohn arbeiten müssen. der ihn nicht in den Stand setzt, allen seinen Pflichten als Mensch und Staatsbürger zu entsprechen. Eine spätere Ausbildung ist ihm unmöglich gemacht, weil alle größeren und leistungsfähigeren Firmen tariftreu sind und deshalb solche Gehilfen nicht beschäftigen dürfen. Die eingesetzte Tarifbehörde wacht strengstens darüber, daß diesem von der Vertretung der deutschen Prinzipale und Gehilfen gefaßten Beschluß auch überall entsprochen wird. Wer also ein Fortkommen als Buchdruckergehilfe finden soll, muß von vornherein der richtigen Lehrstätte zugeführt werden; nur in der Lehre hinreichend ausgebildete Gehilfen können den später an sie gestellten Anforderungen genügen, und letztere werden immer größer, jemehr der maschinelle Betrieb sich auch im Buchdruckergewerbe einbürgert. Wem die Zukunft seines Kindes oder Mündels am Herzen liegt, wird gut thun, vor Ueberweisung des Kindes in eine Buchdrucker-Lehrstätte Erkundigungen einzuziehen beim „Tarifamt der Deutschen Buchdrucker" in Berlin SW. 48, Friedrichstraße 239, welches Auskunft über alle Buchdruckereien Deutschlands kostenlos ertheilt.

Der Umsturz im Reichstag. Die brutale Vergewaltigung der Reichstags-Minderheit durch eine skrupellose Majorität und deren willfährige Präsidenden wird in ihren Wirkungen noch lange im Lande nachhallen. Deshalb hat unter obigem Titel die Buchhandlung „Vorwärts" eine Darstellung der Kämpfe um den Zolltarif herausgegeben. Nach dem amtlichen Stenogramm giebt die Broschüre eine aktenmäßige Darstellung des Umsturzes der Geschäftsordnung im Reichstage. Unbarmherzig deckt der Verfasser das volksverrätherische Treiben Eugen Richters auf und geißelt die Komödie des agrarischen Bruderkriegs. die den Mantel abgeben mußte, hinter dem der Zollschacher ungestört getrieben werden konnte. Eingehend wird geschildert, daß alle. diese Vergewaltigungen nicht hinreichten, die Opposition zu ersticken, bis schließlich die beutegierige Mehrheit die nackte Willkür an Stelle des Gesetzes proklamirte und damit den Präsidenten des deutschen Reichstags zum Büttel der Mehrheit degradirte. Am Schluß folgt eine nach den Wahlkreisen geordnete Zusammenstellung der wichtigsten namentlichen Abstimmungen, aus der zu ersehen ist, wie jeder einzelne Abgeordnete gestimmt hat. Zur Kennzeichnung des Verhaltens der Gegner wird die Broschüre unschätzbare Dienste leisten. Der Einzelpreis ist 20 Pf. Eine für die Massenverbreitung hergestellte Agitationsausgabe wird pro 100 Stück mit 6 Mk. abgegeben. Bestellungen sind an die Buchhandlung „Vorwärts", Berlin SW., Lindenstr, 69 zu richten. — Die Broschüre ist auch in unserer Buchhandlung erhältlich.

Wegen Beamtenbestechung und Körperverletzung hatte sich am Sonnabend der Schmied E. zu verantworten. Am Abend des 15. Dezember v. Js. gerieth der Angeklagte mit einem Frauenzimmer, welches der Kriminalschutzmann Seeler zwecks Beobachtung verfolgte, in der 2. Wallstraße in Streit. Aller Wahrscheinlichkeit nach hat er sie vor dem Schutzmann schützen wollen, denn er gab sie als seine Frau aus. Als der Beamte nicht locker ließ, hieb der Angeklagte mit seinem Henkeltopf auf den Beamten ein, sodaß dieser 3 Tage dienstunfähig war. Als nun der Schutzmann schließlich den Angeklagten kampfunfähig gemacht hatte, bat Letzterer den Schutzmann, er möge ihn doch laufen lassen und versprach ihm außer Schadensersatz noch eine Gratifikation von 3 Mk. Der Beamte ließ sich hierauf jedoch nicht ein. Im Termin wurde festgestellt, daß der Angeklagte in gar keinem verwandtschaftlichen Verhältniß zu dem Frauenzimmer stand. Das Gericht verurtheilte wegen beider Strafthaten E. zu einer Gesammtstrafe von 3 Monaten 1 Woche Gefängniß.

Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde. In der letzten Vortragsversammlung des Vereins sprach Herr Dr. Reifenstuhl über: „Die idealen Ziele der Naturheilbewegung und ihre praktische Verwirklichung mit besonderer Berücksichtigung der Diätetik." Seine schwungvollen Ausführungen ernteten großen Beifall, da er es verstand, in zündender Weise für die Bewegung einzutreten, deren Richtlinien er aufs Treffendste erläuterte. Bei Berücksichtigung der Praktik wußte er in hervorstechender Art die Bedeutung der der Bewegung wichtigen Faktoren: Licht, Luft, Wasser zu kennzeichnen, wie gerade sie dem obersten Grundsatz: Gesundheit über alles! zum Siege verhelfen. — Am 29. Januar findet die außerordentliche General-Versammlung statt. Am Sonnabend, den 31. Janr. im großen Kasino-Saal der Vortrag des Herrn Simons über „Volksgesundheit und Volksernährung." Der Eintritt ist frei.

Landschaftsgärtner sind gewerbliche Gehilfen, so hat das Berliner Gewerbegericht entschieden. Das ist für die Gärtner außerordentlich wichtig, da sie durch die bisher geübte Praxis, sie als landwirthschaftliche Arbeiter zu betrachten und sie ans Amtsgericht mit event. Klagen aus dem Arbeitsverhältniß zu verweisen, schwer geschädigt wurden.

Oeffentliche Bücher- und Lesehalle (Mengstraße 10). Unter den Neuerwerbungen der Bücherhalle während der letzten Monate finden sich wiederum zahlreiche Werke von allgemeinem Interesse. Zunächst sei das vor kurzer Zeit erschienene Werk über den Burenkrieg, „Im Kampf um Südafrika" genannt, das in seinem ersten Band die Lebenserinnerungen des Präsidenten Krüger, von ihm selbst erzählt, bringt, und dessen weitere drei Bände Kriegsschilderungen aus der Feder der Burenführer enthalten. Die Bücherhalle verdankt das Werk dem freundlichen Entgegenkommen des Verlegers. Das bekannte Werk von H. St. Chamberlain „Die Grundlagen des Neunzehnten Jahrhunderts" ist der Bücherhalle anläßlich einer Stiftung zur unentgeltlichen Vertheilung des Werkes überwiesen. Aus der Reihe der wissenschaftlichen Neuerwerbungen seien ferner hervorgehoben: Schopenhauer, „Die Welt als Wille und Vorstellung", Harneffers Vorträge über Nietzsche, Powells Vorlesungen über die Entwicklungslehre „Gott im Menschen," Prof. v. Hippels neueste Schrift über die Vagabundenfrage. Aus dem Gebiete der schönen Litteratur seien genannt Maxim. Gorki's Werke in 7 Bänden, Pichler's Tiroler Geschichten in 5 Bänden, Zschokke's Novellen in 4 Bänden. Von Reuters sämmtlichen Werken, nach denen seit dem Reuter-Abend der Litterarischen Gesellschaft eine besonders rege Nachfrage herrscht, hat ein drittes Exemplar eingestellt werden können. Auch Maeterlincks „Monna Vanna" ist jetzt eingereiht, ebenso Roseggers neuester Roman „Weltgift" und das vom „Kunstwart" herausgegebene „Hausbuch deutscher Lyrik". An Zeitschriften sind z. B. hinzugekommen die „Neue deutsche Rundschau" mehrere Bände des „Kunstwarts", der Velhagen und Klasingschen Monatshefte, der Westermann'schen Monatshefte, der „Weiten Welt", des „Prometheus", „Dies Blatt gehört der Hausfrau", „Eekhom", „Niedersachsen" u. s. w. Das Verzeichniß der bis jetzt eingegangenen Neuerwerbungen befindet sich im Druck und wird am Montag Abend zur Ausgabe kommen.

Die Wohnungspflege in der Vorstadt St. Lorenz hat folgende Eintheilung erfahren: 1. Bezirk. Wohnungspfleger: Möller, Wohnung: Holstenstr. 42. Moislinger Allee 21—171 u. 32—218, Lachswehr-Allee, Wielandstraße, Finkenstr., Seitenstr. — 2. Bezirk. Wohnungspfleger: Dr. Wetzke, Wohnung: Moislinger Allee 13. Moislinger Allee 3—19a u. 2—30, Margarethenstr., Töpferweg, Füchtingstr., Priesstr., Meierstr. (von der Moislinger Allee bis zur Dornestr.), Dornestr., Georgstr., Krausestr. — 3. Bezirk. Wohnungspfleger: Saur, Wohnung: Gr. Petersgrube 25. Ernestinenstr., Emilienstr., zwischen Dorne- u. Lindenstr., Brüderstr., Koppelstr. Mittelstr., Karpfenstr., Jakobstr., Helenenstr., Wilhelmstr., Teichstr., Nebenhofstr., Meierstr., zwischen Dorne- u. Lindenstr. — 4. Bezirk. Wohnungspfleger: Alwert, Wohnung: Alfstr. 15. Lindenstr. Hansastraße, Schützenstr., Emilienstr. von der Linden- bis zur Hansastr., Meierstr., von der Lindenstr. an bis zu Ende, Kreuzweg, Beim Rethteich, Lindenplatz, Blumenstr. — 5. Bezirk. Wohnungspfleger: Stapelfeldt, Wohnung: Marlesgrube 69-71. Kirchenstr., Steinrader Weg, Bangsweg, Ritterstr. Trappenstr., Wachtstr., Ziegelstr., Fackenburger Allee 1 bis 25 u. 2—24a. — 6. Bezirk. Wohnungspfleger: Fromm, Wohnung: Fackenburger Allee 25. Fackenburger Allee 27 bis 71 u. 26—104, Sedanstr., Vorbeckstr., Schönböckenerstr., Waisen-Allee. — 7. Bezirk. Wohnungspfleger: Dr. Struck, Wohnung: Ratzeburger Allee 14. Waisenhofstr. bis zur Wickedestr., Sadowastr., Segebergstr., Adlerstr., Wickedestr., Klappenstr., Gloxinstr., Schwartauer Allee, bis zur Gloxinstraße einerseits u. bis zur Marienstr. andererseits. — 8. Bezirk. Wohnungspfleger: Hoffmann, Wohnung: Fleischhauerstr. 38. Reiferstr., Friedenstr., Kerkringstr., Stitenstr., Glandorpstr., Geverdesstr., Waisenhofstr., zwischen der Wickede- und der Friedenstr., Brolingstr., zwischen der Frieden- u. Ludwigstr., Warendorpstr., zwischen der Wickede- u. Ludwigstr. — 9. Bezirk. Wohnungspfleger: Prigge, Wohnung: Beckergrube 60. Ludwigstr., Westhofstr., Brockesstraße, Drögestr., Warendorpstr., zwischen Ludwigstr. u. Schwartauer Allee, Brolingstr. desgl., Bei der Lohmühle. — 10. Bezirk. Wohnungspfleger: Scharff, Wohnung: Lindenstr. 1a, vom 1. April 1903 ab Friedrich Wilhelmstr. 36. Schwartauer Allee, von der Gloxin- u. Marienstr. an bis zu Ende, Catharinenstr., Hermannstr., Marienstraße, Schlachthofstr., Carlstr., Elisenstr. Einsiedelstr.

pb. **Festgenommen** wurde ein Arbeiter aus Kirchsteinbeck, der seitens des Großherzoglichen Amtsgerichts in Wittenburg wegen Betruges steckbrieflich verfolgt wird.

pb. **Bonbonliebhaber.** Am Abend des 23. ds. Mts. wurde aus einem an der Brokesstraße belegenen Kaufladen ein Glashafen mit etwa 5 Pfund Bonbons wahrscheinlich durch Kinder gestohlen.

Eutin. Aus dem Oldenburgischen Landtage. Donnerstag hat die Etatsberathung begonnen. Dieselbe wurde eingeleitet mit einer allgemeinen Besprechung der Finanzverhältnisse. Namens der sozialdemokratischen Fraktion sprach der Genosse Hug. Er brachte von allen Rednern allein politische Momente hinein. Er sprach der Regierung insofern die Schuld an dem großen Defizit zu, als sie die Zivillistenerhöhung vor dem Landtag vertreten habe und bisher zu allen Ausgaben des Reiches für Heer, Marine und Kolonien durch ihren Vertreter Ja und Amen gesagt habe. Die neulich gefaßte Resolution über die Sparsamkeit im Reich habe nur dann einen Werth, wenn die Ausgaben für Heer und Marine eingeschränkt würden. An anderen Stellen könne man nicht sparen. Der neue Reichsetat sei eine Ohrfeige auf diese Resolution. Er erwarte, daß der Vertreter für Oldenburg nicht für neue indirekte Steuern im Bundesrath zu haben sei. — Freitag hielt der Landtag eine Doppelsitzung ab, um den Etat diese Woche noch zu erledigen. Die Vormittagssitzung wurde fast vollständig mit Erörterungen über das Fortbildungsschulwesen ausgefüllt. Oldenburg hat spät angefangen, die gewerblichen Fortbildungsschulen einzuführen. Zu dessen Förderung will durch Einstellung ganz bedeutender Mittel die Regierung einen festen Schritt vorwärts thun. Der Finanzausschuß hat auf Antrag des Genossen Hug diese Summe noch erhöht. Der Landtag nahm den Ausschußantrag an, und erklärte sich die Regierung auch damit einverstanden. Als Ziel wurde die allgemeine Fortbildungsschule mit Fachschulen in den Städten fast allgemein anerkannt. In der Nachmittagssitzung brachte der Genosse Schmidt-Delmenhorst schwere Mißstände in dem Oldenburger Gefängniß zur Sprache. Dann kam es zu einer heftigen Religions- und Sozialistendebatte. Anstoß dazu gab die Kritik des Genossen Heitmann über die Ablehnung der Lehrerforderung, in der Volksschule die Vollbibel als Lehrbuch für Religion zu beseitigen. Er nannte die Bibel ein unflätiges Buch, was die Ultramontanen in helle Empörung versetzte. Sie wollten die Empörten auch noch spielen, als Heitmann erklärte, er habe damit nur das alte Testament gemeint. Heitmann sowohl als ein Ultramontaner erhielten einen Ordnungsruf. Genosse Hug setzte sich dann mit dem Führer der Ultramontanen, Oberlandesgerichtsrath Burlage, über unseren Programmpunkt „Religion ist Privatsache" auseinander.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Der Tenorist des Hamburger Stadttheaters Birrenkowen verunglückte bekanntlich am 1. April 1901 bei der Vorstellung von Wagners „Rienzi" dadurch, daß er mit seinem Pferde in eine Versenkung stürzte und sich dabei eine Schulter aussetzte. Er verlangte nun eine Gesammtentschädigung von 40 000 Mark. Dieser Tage ist er nun vom Landgericht mit seiner Forderung abgewiesen worden. — Die Verhaftung eines Hamburger Defraudanten wird aus Kopenhagen gemeldet. Die Kopenhagener Polizei verhaftete einen deutschen Betrüger namens Kurner, der aus Hamburg geflüchtet war. Man fand bei ihm 250 000 Mark. — Freitag Abend gegen 9 Uhr ist die große Gerberei von Bielefeld in Elmshorn total niedergebrannt. — Am gleichen Tage ist auf der Eisenbahnstation in Neumünster der Rottenarbeiter Ehlers dadurch zu Schaden

gekommen, daß er in der Nähe des Hauptmaterialienmagazins zwischen einen Waggon und eine Rampe gerieth, wobei ihm die Brust gequetscht wurde. Die Verletzungen sind anscheinend nicht tödtlich. — Wegen Belästigung eines Hundes wurde in Kiel ein Maurer verhaftet. Er hatte einen ihn ankläffenden kleinen Köter mit dem Fuße gestoßen. So sorgt man heutzutage in einem Polizeistaate für „Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung." — Das sich im Armenhause zu Malchin aufhaltende Mädchen Elsner wurde verhaftet, weil es im Verdacht steht, sein vor sechs Wochen in Hamburg geborenes Kind durch Verhungern ums Leben gebracht zu haben. — Aus Cuxhaven wird gemeldet: Dampfer „Marie" wurde von „Seeadler", „Albatroß" und „Margarethe" abgeschleppt; er hat die Reise von Kiel anscheinend unbeschädigt fortgesetzt. Die „Brisgavia" sitzt an der Südseite oberhalb der Oste; da sie leichtern muß, sind Schlepper und Leichter nach der Strandungsstelle abgegangen. Die „Brisgavia" ist von hier aus verproviantirt. — Sonnabend Abend brach in dem Baronschen Waarenhause in Bremen ein Feuer aus, das sich mit großer Schnelligkeit durch das ganze Haus verbreitete. Das Feuer war gegen Mitternacht gelöscht. Ein Dienstmädchen wird vermißt. Nach einer anderen Meldung ist kein Verlust an Menschenleben zu beklagen.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Eine Lohnforderung haben die Maurer in Apenrade an ihre Arbeitgeber gestellt. Sie fordern einen Stundenlohn von 45 Pf.; jetzt erhalten sie 40 Pfg. Die Meister haben erklärt, daß sie mit der Lohnkommission verhandeln wollen.

Wilhelmshaven. Bureaukratismus und Arbeiter. Aus Wilhelmshaven wird gemeldet, daß die Erregung infolge der Wohnungskündigung von ca. 200 Werftarbeiterfamilien, worüber wir bereits berichteten, sehr groß ist. Es handelt sich ja nicht nur darum, daß den von der unerwarteten Kündigung Betroffenen die Kosten des Umzuges, der Verlust ihrer Gärten, in die sie jahrzehntelange Arbeit und manchen Thaler Geld hineingesteckt haben, aufgebürdet wird — das Schlimmste ist, daß sie keine neue Wohnungen finden können. Kaum war die Kündigung bekannt geworden, da steigerten sämmtliche Hauswirthe in Wilhelmshaven, Bant und Heppens, die Arbeiterwohnungen haben, deren Miethen um 100 Proz. — ja, einer sogar um 150 Prozent! Und alle Miether mußten es sich gefallen lassen; denn zogen sie aus, so fand sich sofort ein anderer Miether und sie gehörten zu den Wohnungslosen. Was nun werden soll, weiß kein Mensch! Das ist es gerade, was man der Werft zum Vorwurf macht, daß sie nicht beizeiten mit der Stadt und den Nachbargemeinden in Verhandlungen getreten, daß eben bis jetzt alles geheim gehalten worden ist. Die einfachste Ueberlegung mußte doch sagen: wenn mit einem Male 200 Familien mit vielleicht 600 schulpflichtigen Kindern Wilhelmshaven verlassen und in die Nachbargemeinden ziehen, dann sind da nicht ohne Weiteres die Gemeindeschulen zur Aufnahme eines solchen Zuwachses bereit. Aber man sieht in unseren Marinebetrieben nie weiter, als die Nase reicht; heute verkauft man z. B. fiskalisches Terrain und im nächsten Jahre kauft man es für den zehnfachen Preis wieder! „Der Bureaukrat thut seine Pflicht — 6 Stunden Dienst — mehr thut er nicht!" — Jetzt drängt nun der Nothstand auf Abhilfe, und was ist die Folge? Was die Marine den Arbeitern billig hatte gewähren können, das schafft ihnen jetzt die Spekulation, aber sehr theuer. Es werden schon Wohnungen gebaut werden, dem Kapital ist nichts unmöglich. Wer aber hat den Schaden? Die Arbeiter. Die Miethen werden auf Jahre hinaus unerschwinglich bleiben. Das sind die Folgen, welche ein kurzsichtiger Bureaukratismus verursacht hat und worunter die Arbeiter auf das empfindlichste zu leiden haben.

Lübecker Stadttheater.

Carmen, Oper in 4 Akten von Bizet. Am Sonnabend verabschiedete sich bereits Fräulein Prevosti als Carmen in Bizets so entzückender Oper vom hiesigen Publikum. Gleich der „Traviata" gestaltete sich auch diese Aufführung zu einem großen Triumphe für die hierorts mit Recht so beliebte italienische Koloratursängerin. Unvergleichlich im Spiel, wußte die Diva auch hinsichtlich der gesanglichen Leistung den weiblichen Don Juan, der mit Männerherzen spielt wie die Katze mit der Maus, höchsten Ansprüchen annehmbar zu machen. Das nahezu ausverkaufte Haus kargte denn auch nicht mit Beifall und mischte darin zugleich die Bitte, der Sängerin recht bald wieder auf unserer Bühne zu begegnen. Die Bravourleistung der Prevosti spornte auch unsere heimischen Künstler an, ihr Bestes zu geben und es dem italienischen Gaste gleichzuthun. Noch niemals haben wir z. B. Herrn Brischke (Don Jose) so aus sich herausgehen hören, wie dies am Sonnabend der Fall war. Er übertraf sich in Gesang und sogar Darstellung selbst. Eine liebliche Micaela bot Else Gock. Als Escamillo gastirte abermals Herr Fritz Friede vom Kieler Stadttheater, und zwar schnitt er diesmal weit besser ab, wie neulich als Telramund. Die nervösen, überhasteten Bewegungen, die die Wirkung seines Telramund so erheblich beeinträchtigt hatten, fehlten ganz, und auch sein Bariton klang diesmal freier, glänzender, wenn er auch nur wenig ausgiebig zu sein scheint. Die beiden Zigeunerinnen Mercedes und Frasquita hatten in den Damen Sallatz und Schondorff sehr annehmbare Vertreterinnen gefunden. Der Zuniga des Herrn Scholz, die beiden Schmuggler der Herren Armgard und Bechstein fügten sich würdig dem Ganzen ein. Die Chöre leisteten Zufriedenstellendes, so daß sich alles vereinigte, um der von Herrn Weys dirigirten Oper zu einem wirksamen Erfolge zu verhelfen. -o-

Die Meistersinger, Oper in 3 Akten von Richard Wagner. Die letzte Aufführung der „Meistersinger" stempelte die Direktion in der That zu einer Fremden-Vorstellung. Wie bei den früheren Vorstellungen, über die ausführlich berichtet worden ist, so sang auch diesmal Herr Langfeld aus Schwerin den Hans Sachs. Seine ruhigheitere Art erweckte abermals Freunde und Beifall. Als Walter Stolzing, eine seiner Glanzrollen, trat Herr Birrenkoven vom Hamburger Stadttheater auf. Seine vielbejubelte Stimme entfesselte stürmischen Beifall, der schließlich in Blumenspenden sichtbar zum Ausdruck kam. Unsere heimischen Kräfte bewegten sich im Rahmen früherer Vorstellungen. Lediglich „lieb Evchen" hatte in Frau Minnie Herzog eine neue Vertreterin gefunden. Ihre herzliche Art zu spielen, ihr nicht unbedeutendes gesangliches Können fanden lebhafte Anerkennung. Gäste und und Leitung wurden von dem ziemlich gutbesetzten Hause wiederholt an die Rampe gerufen. -t-

Letzte Nachrichten.

Leipzig. Der 20jährige Optiker Grabich, welcher seiner Zeit nach Verübung eines Lustmordes den Leichnam einer achtjährigen Israelitin in kleine Stücke zerlegte und in eine Kiste packte, wurde behufs definitiver Feststellung seines Geisteszustandes der Landesirrenanstalt Sonnenstein übergeben.

Göttingen. Von einer gefährlichen ansteckenden Augenkrankheit sind sämmtliche Schüler der Präparanden-Anstalt in Einbeck befallen worden. Die Anstalt wurde geschlossen.

Dortmund. Eisenbahnunfall. Sonnabend Nacht 2 Uhr stieß im Bahnhof Hörde der Güterzug 6810 mit einer Rangirabtheilung zusammen. Der Materialschaden ist ziemlich bedeutend. Drei Beamte sind leicht verletzt.

Straßburg i. E. Fünf Personen ertrunken. Bei Plittersdorf schlug im Rhein ein Boot um; fünf Schiffer ertranken, während der sechste Insasse des Bootes gerettet werden konnte.

Christiania. Bei heftigem Sturm scheiterte bei Vardö (Norwegen) eine Fähre, wobei 5 Personen ertrunken sind. — Im Randö-Sund ging Freitag ein Fischerboot unter, drei Personen ertranken.

London. Ein ernster Fall von einer Massenvergiftung wird aus Maryborough, Irland, berichtet. Am Dienstag wurde den Sträflingen im dortigen Gefängnisse Suppe als Mittagsspeise gereicht, nach deren Genuß 120 Gefangene erkrankten. Freitag gab man den Gefangenen wiederum Suppe und die Folge war, daß 200 von ihnen, darunter eine große Anzahl unter sehr ernsten Symptomen, erkrankten. Man hat Dr. Woodhouse, den Chefarzt der irischen Gefängnisse, vorgeladen, während der Gefängnißarzt durch andere Aerzte unterstützt wird. Es wird behauptet, daß das Leben von fünf Gefangenen in ernster Gefahr sei.

Newyork. Zu einer Panik kam es in einer hiesigen Zigarrenfabrik, in der 500 Angestellte beschäftigt sind, in Folge Ausbrechens von Feuer in einem anstoßenden Gebäude. Man bestürmte die Treppen und die Nothausgänge. Hierbei wurden drei Frauen getödtet, fünf Frauen und ein Mann schwer verwundet. Zahlreiche andere erlitten leichte Verletzungen.

Lübecker Marktpreise vom 24. Januar.
Bauern-Butter Pfd. 1,05 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,15 Mk., Hasen Stck. 2,80 Mk., Enten Stck. 3,50 Mk., Hühner Stck. 1,70 Mk., Küken Stck. —,— Mk., Tauben Stck. 0,60 Mk., Gänse Pfd. 0,— Pf., Flickgans 3,00 Mk., Schweinskopf Pfd. 0,50 Mk., Schinken Pfd. 0,85 Mk., Wurst Pfd. 1,20 Mk., Eier 7 Stck. 60 Pfg., Kartoffeln 10 Liter 50 Pfg., Karpfen Pfd. 1,— Mk., Karauschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 60 Pfg., Barsche Pfd. 60 Pfg., Aal Pfd. 0,90 Mk.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen.

Sylvester-Komitee und Hülfskomitee.
Dienstag den 27. Januar, Abends 8½ Uhr.

Freitag Nachmittag entschlief sanft nach schweren Leiden meine liebe Frau
Emilie Sommer
geb. **Engel**
im Alter von 42 Jahren.
Tief betrauert von mir und allen Verwandten.
Carl Sommer.
Beerdigung Dienstag den 27. Januar, Vormittags 9½ Uhr, von der Kapelle (Burgthor) aus. Trauerfeier 9 Uhr.

2 Wohnungen, 1. und 2. Etage, enthaltend 3 Zimmer, sämmtl. Zubehör, Stall und Gartenland, zum Preise von 120—150 Mk. sofort oder später zu vermiethen.
Ad. Franck, Maurer, Fackenburg.

Gesucht zu sofort
ein kleiner heller Lagerraum
Schüsselbuden 10, I.

Zwei neue Betten Umstände halber sehr billig zu verkaufen
Kleine Gröpelgrube 9. 2. Et.

Rubin.
Der vorzügliche Glühstrumpf
Rubin
zu haben bei:
Gebr. Begasse, Uhlandstr. 7.
Carl Buchholtz, Fackenburger Allee 10 b.
Gottfr. Gläser, Mühlenbrücke 7 c.
Derselbe, Spillerstr. 12.
E. Giaessner, Breitestr. 45.
W. Haake, Wengstr. 6.
Carl Heynert, Moisling. Allee 6 a.
Arthur Hill, Johannisstr. 9.
Bernh. Kittel, Schildstr. 11.
Derselbe, Langestraße 19.
Heinr. Pagels, Breitestr. 91—93.
Gottfr. Pump, Königstr. 102.
Hermann Richelsen, Königstraße 111, Ecke Aegidienstraße.
P. Ruperti, Hinter St. Petri 23.
Ernst Schmidt, Brunsstraße 24.
Heinr. Schröder, Fleischhauerstr. 9.
Wilhelm Schubert, Pferdemarkt 3.
Georg Thode, Großer Kiesau 17.
Aug. Vietig, Fischergrube 43—45.
Adolph Wegner, Fischhausen 3.
W. Hellmann in Eutin.
Heinr. Lindenstruth in Mölln i. L.
Preis 70 Pfg. per Stück.
Niederlage bei:
Otto Schweichler, Lübeck.

Meinen werthen Freunden und Gönnern die Nachricht, daß ich mit dem heutigen Tage meine
Wirthschaft an Herrn J. Schult verkauft habe.
Für das mir bewiesene Wohlwollen bestens dankend, bitte dasselbe auf meinen Nachfolger zu übertragen.
Hochachtungsvoll
J. Hack, Krempelsdorf.

Auf Obiges Bezug nehmend, halte meine
Wirthschaft
einem geehrten Publikum sowie Freunden und Bekannten bestens empfohlen. **Gute Speisen und Getränke und aufmerksame Bedienung** sichere den mich beehrenden Gästen zu.
Hochachtungsvoll
J. Schult, Krempelsdorf.

In ca. 8 Tagen erscheint im Verlage von **G. Birk & Co.,** München, Wittelsbacherplatz 2:
Der Fall Krupp
Sein Verlauf und seine Folgen.
Eine Thatsachensammlung von ***. Preis 50 Pfg.
Bestellungen auf diese sensationelle, auf **Thatsachen** beruhende Darstellung werden schon jetzt entgegen genommen.

Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Lübeck.
Mitglieder-Versammlung
am Dienstag den 27. Januar, Abends 8 Uhr im „Vereinshaus", Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Lohnkommission.
2. Abrechnung von der Weihnachtsfeier.
3. Fragekasten. 4. Verschiedenes.
Alle Kollegen müssen erscheinen!
Die Lokalverwaltung.

Uhren reinigen . 1,50
Federn einsetzen . 1,50
1 Jahr Garantie.
Uhrgläser 1. Qual. 0,30
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Sägestraße 52.

G. V.
Morgen Dienstag, Abds. 8½ Uhr.

Freiwillige Kranken- u. Sterbekasse
E. H. Nr. 6 in Lübeck.
General-Versammlung
am Mittwoch den 28. Januar
Abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.
Der Vorstand.

Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde.
Donnerstag den 29. Januar, Abends 8½ Uhr
in der „Bauhütte", Fischstr. 9, I.:
Ausserordentliche Haupt-Versammlung.
T.-O.: Neuwahl des Vorstandes.
Freitag den 6. Februar, Abends 7½ Uhr:
Stiftungs-Fest
im Colosseum.
Reichhaltiges Vortragsprogramm unter Mitwirkung von Herrn Kapellmeister **L. Jessel,** Frau **Grace Moll,** Gesanglehrerin u. a.
Kartenverkauf für Mitglieder bei den Herren **Grünau,** Beckergrube 8, pt., **Soroe,** Gr. Burgstraße 46, II, und den Vereinsboten, 2. für Nichtmitglieder: in der Buchhandlung des Herrn **Weiland,** Königstraße. Die Preise sind für: a) Mitglieder: Herren 40 Pfg., Damen 30 Pfg., b) Nichtmitglieder: Herren 1 Mk., Damen 50 Pfg. An der Abendkasse erhöhte Preise.

Panorama
(Filiale Berlin, Passage)
Breitestrasse 53, 1. Etg.
Diese Woche:
Herrliche Reise durch
Thüringen.
Weimar, Eisenach, Friedrichsroda 2c.

Stadt-Theater.
Dienstag den 27. Januar, 7½ Uhr.
Fest-Vorstellung zu Kaisers Geburtstag.
Zopf und Schwert.
Lustspiel in 5 Akten von Gutzkow.
Mittwoch: Der Sonnwendtag. Donnerstag: Die Fledermaus.

Verantwortlicher Redakteur für den gesammten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete", sowie der mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Otto Friedrich.
Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete", sowie die mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verleger: Theodor Schwartz
Druck von Friedr. Werner & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 21 — Dienstag, den 27. Januar 1903. — 10. Jahrgang.

Handelskammern und Gehülfenschutz.

Es gehört mit zu den Beweisen der Rückständigkeit unserer deutschen Sozialpolitik, daß trotz der Ausdehnung, welche die soziale Gesetzgebung allmählich bekommen hat, wir noch immer kein Reichsarbeitsamt besitzen. Dieses würde die Stelle sein, von welcher aus die ganze praktische Wirksamkeit der sozialen Gesetze kontrolirt werden könnte. Wir haben, wie gesagt, eine solche Stelle nicht. Die gewerblichen Arbeiter sind für die Wirksamkeit der Gesetze angewiesen auf die Urtheile der Gewerbe-Inspektoren. Diese fließen dürftig genug, denn das Reichsamt des Innern hat den Inspektoren, auf ein paar unbequeme Bemerkungen hin, den Wink mit dem Zaunpfahl gegeben, keine Urtheile, sondern Thatsachen sollten die Berichte enthalten! Noch schlechter steht es mit den Angestellten des Handelsgewerbes. Ueber die Wirksamkeit der zum Schutze dieser Arbeiter erlassenen sozialen Gesetze erfahren wir offiziell so gut wie nichts. Darin liegt ein ganz wesentlicher Hinderungsgrund für den weiteren Ausbau dieser Gesetze, und ist es daher nöthig, alles Thatsachenmaterial, dessen man habhaft wird, aufmerksam zu verfolgen.

Solches Thatsachenmaterial findet man hie und da in den Berichten der Handelskammern. Alle diese Aeußerungen zeigen aber nur die reaktionäre Gesinnung der Prinzipalität, welche den weiteren Ausbau der begonnenen sozialpolitischen Maßnahmen verhindert.

Es sind insbesondere Ladenschluß, Ruhezeit, Sonntagsruhe, mit denen sich die Handelskammern und die in ihnen vertretene Prinzipalität immer wieder beschäftigen. Und während auf Seiten der Gehülfen das Streben vorherrscht, die Ladenschlußstunde herabzusetzen, die Ruhezeit zu vermehren, die Sonntagsarbeit zu einer wirklichen Sonntagsruhe zu gestalten, strebt die Prinzipalität, wo sie zu Worte kommt, mit allen Mitteln darnach, ihre Ausbeutungspraxis zu schützen und zu erweitern.

In Bezug auf den Ladenschluß ist das Streben der Prinzipalität an den einzelnen Orten verschieden. Ein kleiner Theil will durchgängig den Ladenschluß auf acht Uhr Abends festgesetzt sehen; der größere Theil aber ist selbst gegen den fakultativen Acht-Uhr-Schluß und will ihn gänzlich abgeschafft sehen. So hat seiner Zeit die Handelskammer in Erfurt in einer Eingabe an das preußische Handelsministerium verlangt, daß die obere Verwaltungsbehörde den Acht-Uhr-Schluß schon anordnen müsse, wenn die Hälfte, nicht zwei Drittel, der Betheiligten dies verlangte. Gleichzeitig aber verlangte sie die Aufhebung der ganzen Bestimmungen über Ladenschluß und Ruhezeit vom 1. bis 24. Dezember, so daß also gerade die Weihnachtszeit mit ihrem „Friede auf Erden" die Zeit einer gesetzlosen Gehülfenschinderei werden sollte. Zu gleicher Zeit war die Sorauer Handelskammer dafür, daß die Ladengeschäfte ausnahmslos von 7 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends geöffnet sein und die dürftige Acht-Uhr-Bestimmung überhaupt entfernt werden sollte; und die Kommissionen für Sozialpolitik und Kleinhandel, welche der deutsche Handelstag eingesetzt hatte, entschieden, „daß eine Erleichterung der Bedingungen, unter denen der Acht-Uhr-Ladenschluß anzuordnen sei, nicht zu befürworten wäre!" Als weitere offene Gegner des Acht-Uhr-Ladenschlusses zeigten sich in neuerer Zeit die Handelskammern zu Oldenburg, Stolp, Krefeld und M.-Gladbach, die Handelskammer zu Haynau, die es für eine „unbillige Härte" erklärte, den Kleingewerbetreibenden, die noch ihre Wohnung im Hinterstübchen des Ladens haben, „den Verdienst in den Abendstunden zu entziehen." Solche Stellungnahme braucht freilich Niemanden zu verwundern angesichts der Thatsache, daß die freisinnigen Herren der Berliner Handelskammer es noch Anfang November 1902 fertig gebracht haben, einen bloßen Antrag, „die Herbeiführung des Acht-Uhr-Ladenschlusses nach Möglichkeit zu fordern", rundweg abzulehnen! Wohingegen freilich die Handelskammer einer der ältesten und bedeutendsten deutschen Handelsstädte, Leipzig, sich zur selben Zeit für die allgemeine Einführung des Acht-Uhr-Ladenschlusses aussprrch.

Auch das Streben, die Ausbeutungsgrenze der Gehülfen herabzusetzen durch Verlängerung der Ruhezeit der Gehülfen, findet in den Handelskammern seine Gegner. Die Erfurter Handelskammer wollte schon im Jahre 1901, gleich nach der Einführung der diesbezüglichen Bestimmungen der Gewerbeordnung, die Mindestruhezeit für die Handlungsgehülfen in den offenen Verkaufsstellen wieder auf zehn Stunden herabsetzen. Die Görlitzer Handelskammer weigerte sich zwar, eine entsprechende Eingabe an das Ministerium zu unterstützen, jedoch nur, weil sie es nicht für zweckmäßig hielt, „schon nach so kurzer Zeit wieder eine Aenderung zu beantragen." Prinzipiell war sie der Meinung, „daß die Einführung einer allgemeinen zehnstündigen Ruhezeit vollkommen genügt hätte." Ferner verlangte die Görlitzer Handelskammer, natürlich lauter freisinnige Leute, vom Deutschen Handelstage, daß er sich „rechtzeitig gegen alle noch zu erwartenden weitergehenden Anträge einzelner Gehülfenverbände (über 11 Stunden Ruhe) rüste". „Wird in dieser Angelegenheit nicht rechtzeitig und energisch Stellung genommen, so liegt die Gefahr nahe, daß die Gegenpartei übergroßen Einfluß auf die Reichsbehörden gewinnt und seitens der Regierung ein neuer Gesetzentwurf vorgelegt wird, der die Interessen der Prinzipale noch mehr schädigt." Für 10 Stunden Mindestruhe sind die Breslauer und Oppelner Kammer, und die Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft standen natürlich auch nicht an, in einer Resolution im Oktober 1902 zu erklären, eine Verlängerung der Mindestruhezeit sei „mit den Interessen der Ladengeschäfte durchaus nicht zu vereinbaren und daher nachdrücklich zu bekämpfen." Aehnlich oder ebenso ist die Stellung aller übrigen deutschen Handelskammern.

Gilt dies schon für Ladenschluß und Mindestruhezeit, wie energisch wehren sich die Handelskammern da erst gegen die Herbeiführung der Sonntagsruhe. Die Sonntagsarbeit erscheint ihnen als ein so unentbehrliches Bestandtheil der kapitalistischen Gehülfenausbeutung, daß sie glauben, die Welt werde untergehen, wenn Sonntags die Läden gänzlich zubleiben müssen. Die seltsamsten Urtheile werden laut gegen das Verlangen auf Herbeiführung der gänzlichen Sonntagsruhe, die im Prinzip das Gesetz doch schaffen wollte. „Die Sonntagsarbeit," sagt die Königsberger Handelskammer, „ist bereits jetzt so weit eingeschränkt, als es irgend thunlich ist." Dabei stehen die Läden bis in den Nachmittag offen und in manchen Städten kennt man ja sogar noch abendliche Verkaufsstunden! Die Essener Handelskammer sieht in der Erweiterung der Sonntagsruhe „eine neue Schwierigkeit, welche dem Selbstständigmachen der jungen Kaufleute entgegen steht." Der Zentralverband deutscher Kaufleute und Gewerbetreibender sprach sich in einer dem Reichstage vorliegenden Petition gegen jede weitere Ausdehnung der Sonntagsruhe aus. Im Uebrigen geht jetzt das Streben der in den Handelskammern organisirten Prinzipalität dahin, die Sonntagsarbeit noch auszudehnen, indem sie zu einem großen Theile verlangt, die Gewerbeordnungsbestimmung über das Zu-Ende-Bedienen der Kundschaft an den abendlichen Schlußstunden auch auf die Sonntagsruhe auszudehnen und hierbei eine Ueberzeit von etwa 20 Minuten festzusetzen!

Wenn man dergestalt sieht, wie die Stellen, welche die Sozialpolitik im Handelsgewerbe in ihren Wirkungen beurtheilen, so durchaus reaktionär sind, erkennt man freilich, daß hier der Bock als Gärtner steht. Diese schafften lieber heut' als morgen das bischen Sozialpolitik wieder ab!

Ist dem so, dann erwächst aber den Gehülfen um so mehr die Pflicht, selbst zu wachen, selbst Hand anzulegen zur Festigung und Erweiterung des gesetzlichen Gehülfenschutzes. Dazu dient die Organisation, der Zentralverband. Deshalb Handlungsgehülfen, hinein in den Zentralverband!

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Einigungsverhandlungen im Steinbildhauerstreik in Leipzig sind endgültig gescheitert. Die Unternehmer verlassen sich offenbar darauf, auch weiter, wie bisher, von den behördlichen Auftraggebern verlängerte Fristen für die Aufträge zu erlangen. Der Streik dauert nun bereits 10 Wochen. — Ein Streik der Brauer ist in der Brauerei Hofbräu-Aktiengesellschaft in Bamberg ausgebrochen. Die Organisation der Brauer reichte einen Tarif ein, worin $10\frac{1}{2}$stündige Arbeitszeit mit entsprechenden Pausen, ein Minimallohn von 19 Mk. mit Aufbesserung nach einem Jahre auf 22, nach fünf Jahren auf 25 Mk., Bezahlung der Ueberstunden mit 35 Pfg., Freigabe jedes dritten Sonntags, Abschaffung des Wohnens in der Brauerei und Entschädigung hierfür 2c. gefordert wurden. Die Direktion antwortete mit der Maßregelung von fünf organisirten Arbeitern, worauf die Uebrigen die Arbeit ebenfalls niederlegten.

Der Zentralverband der Elektromontöre Deutschlands hat sich, wie wir der „Metallarbeiterzeitung" entnehmen, aufgelöst. Seine Mitglieder treten in den Metallarbeiterverband über.

Eine Arbeitslosenzählung hat das statistische Amt in Magdeburg veranstaltet. Insgesammt sind 2750 Arbeitslose gezählt worden — 1518 Ledige, 1232 Verheirathete mit 2994 Kindern unter 15 Jahren. Es waren arbeitslos: 1429 1 Monat, 471 2 Monate, 259 3 Monate, 140 4 Monate und 451 5 Monate und länger. 2357 waren wegen Arbeitsmangels und 413 wegen Frost entlassen worden. Außerdem waren arbeitslos: Gelegenheitsarbeiter 22, Kranke 209, Insassen der Arbeiterkolonie 163, Selbstständige 2c. 44, so daß insgesammt keine Arbeit haben 3338 Personen. Die weitaus größte Zahl (2541 gleich 92,4 Proz.) wohnte länger als drei Jahre in Magdeburg. Im vorigen Jahre ergab die Zählung durch das Gewerkschaftskartell 2435 Arbeitslose. Die Arbeitslosigkeit ist also in diesem Winter in Magdeburg bedeutend größer.

Erheiterndes aus den Spandauer Musterbetrieben. Aus den Spandauer Staatswerkstätten berichtet der „Vorwärts", daß am Montag die Arbeiterausschüsse der sechs technischen Institute in einer Konferenz mit einem Kommissar des Ministeriums, einem Major aus Berlin, sich über die Einführung folgender Titel für Arbeiter in den Spandauer Staatswerkstätten geeinigt haben: statt Mechaniker 1. und 2. Klasse: Mechaniker und „Feinmechaniker", statt „Handlanger" und „gewöhnlicher Arbeiter": „Verwaltungs- und Depotarbeiter"; statt „Gärtner 1. und 2. Klasse" — Gärtner und Obergärtner; statt „Maurer 1. und 2. Klasse": Maurer und Obermaurer!! — Nicht nach Titel und Orden schreien die Spandauer Staatsarbeiter, sondern nach genügend Brod. Die Freude an Titel und Orden überlassen sie gern kapitalistischen Strebern.

Eine furchtbare Anklage gegen den Kapitalismus bildet ein Brief, den ein Genosse in Deutschland von einem amerikanischen Freunde erhielt, in dem dieser das Schicksal eines Kohlengräbers wie folgt schildet:

„Ein Unglücklicher, ein Kohlengräber, stand letzter Tage vor der Kommission des Schiedsgerichts. Er kam vom Kirchhof, wo er eben seine Frau zur Ruhe geleitet. Der Arme sagte uns: „An meinem Körper ist kein Knochen mehr ganz. Meine Arme sind gebrochen, die Beine verletzt; ein Auge habe ich eingebüßt, dasselbe ist durch ein gläsernes ersetzt. Mein Kopf ist beinahe gespalten, mit 18 Stichen wieder zusammengeflickt. So wurde ich allmählich verstümmelt. Jetzt hat man auch noch meine Frau getödtet. Ich war Mitglied am Hilfskomitee, deshalb kamen die Agenten der Gesellschaften, trotz des erbärmlichen Wetters warf man

Der einzige Zeuge.

Kriminalnovelle von Friedrich Thieme.

11. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Gut — oder — warten Sie einmal — vielleicht haben wir den Burschen längst in unsern Registern. Begleiten Sie mich einmal hinauf ins Archiv. Zimmermann," befahl der Kommissar dem Aufseher, „Sie passen auf, daß der Schlingel nicht entwischt."

Und der Kommissar schritt dem Gefangenen und dem Aufseher voran ins Archiv, um ihm das Verbrecheralbum vorzulegen.

„Rühmte sich Langewaldt Ihnen gegenüber, bereits vorbestraft zu sein oder schon Verbrechen ausgeführt zu haben?"

„Das nicht."

„Als was gab sich derselbe denn aus? Wovon lebte er denn?"

„Er sagte, er sei Monteur in einer Fabrik."

„Wir werden sie unter den Betrügern und Gelegenheitsdieben suchen müssen," bemerkte Allmers zuversichtlich. „Sollte mich wundern, wenn das nicht ein alter Bekannter von uns wäre."

Eilig wandte er Blatt für Blatt des herbeigeholten Bandes vor den Augen Stäbels um, brachte dann, als der Band zu Ende war, einen zweiten herbei, und nach diesem einen dritten. Schon hatte er die Hoffnung aufgegeben, als der Gefangene plötzlich rief: „Das ist er!"

„Also das?"

„Ja, nur trägt er hier keinen Schnurrbart."

Der Kommissar nahm das Bild an sich.

„Dacht' ich's doch, daß wir ihn hätten — das ist ja der ehemalige Techniker Max Sehmel, der vor zehn Jahren wegen Verausgabung eines gefälschten Cheks verurtheilt wurde. Sein Strafregister ist nicht klein — auch wird er seit Jahren wegen verschiedener Betrügereien steckbrieflich verfolgt. Hoffentlich gelingt es uns, seiner habhaft zu werden. Zimmermann, bringen Sie den Gefangenen zurück — ich will eiligst ans Werk gehen."

Gefolgt von Springer und einem anderen Subalternen jagte der Kommissar dem nächsten Droschkenstande zu. Alle drei sprangen in einen Taxameter und fuhren hinaus nach dem Kurfürstendamm. Unterwegs zeigte Allmers seinen Untergebenen die Photographie Langewaldts mit der Weisung, sich das Gesicht des Verbrechers recht genau einzuprägen.

„Der Gauner ist hier etwa acht Jahre jünger und trägt jetzt einen schwarzen Schnurrbart, doch muß die Aehnlichkeit trotzdem eine auffällige sein, da sein Komplice ihn sofort erkannt hat," erklärte er den Männern. „Faßt alle Euch in den Weg kommenden Personen recht scharf ins Auge, vielleicht ist es noch nicht zu spät."

„Die Menschenansammlung wird freilich eine ungeheure sein," meinte Springer zweifelnd.

„Um so sicherer fühlt sich der Bursche. Jedenfalls denkt er nicht, daß man seinen Genossen so rasch aufgefunden hat, er kalkulirt also, daß noch Niemand die Summe in seinem Besitze vermuthet und sucht sich eine gute Gelegenheit zur Flucht aus. Per Automobil — das ist nicht übel, zum mindesten neu und originell — und in der That, gelänge die Absicht, so wäre der Spitzbube kaum einzuholen, wenn er auch nur eine halbe Stunde Vorsprung hätte."

Je mehr der Kommissar und seine Begleiter sich dem Sammelplatz und Startplatz der Automobilisten näherten, je mehr wuchs die Menschenmasse an. Der Kommissar ließ daher das Gefährt halten und warten, und setzte seinen Marsch zu Fuße fort. Bei dem ersten Polizeibeamten, dem er begegnete, blieb er stehen, ihn fragend, ob der Start schon vorüber sei.

„Jawohl, Herr Kommissar, schon seit einer Viertelstunde. Nur einzelne Nachzügler kommen noch in Betracht."

„Ist irgend etwas Ungewöhnliches passiert? Ein Unfall —"

„Nein."

„Oder ein Motorwagen gestohlen worden?"

Der Polizeisergeant, in der Meinung, sein Vorgesetzter mache einen Spaß, verneinte lächelnd.

Allmers eilte weiter, mit Argusaugen umherspähend. Wenn das Streben Langewaldts oder Sehmels, rechnete er, dahin ging, sich in Besitz eines der Fahrzeuge zu setzen, so mußte der geriebene Schurke naturgemäß in der Nähe der etwa noch dastehenden Automobile zu finden sein. Eine Anzahl derartiger Fahrzeuge hatte ihren Stand an der Seite des Dammes, in unmittelbarer Nähe eines daselbst errichteten fliegenden Buffets. Dorthin begab sich der Kommissar mit seinen Leuten. Eben als sie an dem der Stadt zunächst befindlichen Ende der Reihe anlangten, traf am anderen, nach Halensee zu gelegenen ein neuer Motorwagen ein, ein hocheleganter Phaeton, welchem ein noch jugendlicher Mann von stolzer, aristokratischer Erscheinung entstieg.

Der Fremde warf Staubmantel und Schutzbrille von sich und wandte sich aufgeregt an die umstehenden Personen mit der Frage:

„Ich komme wohl zu spät? Die Rennfahrer sind schon fort?"

„Schon lange," ertönte die Antwort.

Ein Herr, der das Abzeichen der Automobilisten trug, trat dem Fremden entgegen.

„Wenn ich nicht irre, habe ich die Ehre, mit dem Herrn Grafen Arvary?"

„So ist mein Name. Woher —"

„Ich schließe es aus der Nummer Ihres Motors — zwölf war die Ihnen zugetheilte Nummer. Mein Name ist Kurt von Rodek, Mitglied des Empfangskomitees."

Die beiden Herren schüttelten sich die Hände.

„Wir hatten mit Bestimmtheit auf Sie gerechnet," fuhr

meine Sachen auf die Straße, trotz meines Flehens auch mein krankes Weib. — Ein paar Tage darauf war sie eine Leiche." — Die Kommission war gerührt. Die hellen Thränen flossen über die Wangen eines Mitgliedes derselben. Einem Bischof war seine innere Bewegung anzusehen. „Das ist alles — und, ich glaube, genug," rief ein Richter gerührt aus, als der Zeuge geendet. Selbst die Advokaten, welche die Kohlenbarone vertheidigen und deren Beruf es ist, für Geld Schwindler zu vertheidigen, Mörder „unschuldig" zu machen und die für Geld mit allen Winkelzügen das Elend der Kohlenarbeiter zu verdecken suchen, selbst diese verstummten. Sprach doch die Gestalt des Unglücklichen eine zu furchtbare Anklage gegen das Kapital aus."

International ist der Kapitalismus und die Ausbeutung: Mitleidslos wird der Arbeitssklave in harter Frohn verstümmelt, ausgesogen, seine Familie zerstört, seine Frau getödtet durch die Brutalität, mit der die Werkzeuge des Unternehmerthums die verfolgt, die gegen diese moderne Sklaverei aufzubegehren wagen. Und so kann man nur dem zustimmen, was der Briefschreiber mit Rücksicht auf das erschütternde Beispiel seinem Freunde gelobt: Wir wollen im neuen Jahre mit der Gluth unserer Seele, unserer Ueberzeugung kämpfen gegen das Kapital. Wir wollen ringen mit allen unseren Kräften für die Befreiung des Proletariats. Wird dann das nächste Jahr vorüber sein und uns nichts gebracht haben als eine Kette von Leiden, eins wird uns Trost verleihen: Haben wir auch direkt nichts gewonnen, umsonst haben wir doch nicht gelebt und gelitten. Wir haben gewirkt für die Zukunft glücklicherer Generationen.

Aus Nah und Fern.

Die Presse und öffentliche Mißstände. Ein in mancher Hinsicht lehrreicher Prozeß beschäftigte Donnerstag zum zweiten Male das Reichsgericht. Es handelte sich um ein Urtheil des Landgerichtes Halberstadt vom 27. Septbr. v. J., durch das der Redakteur des Oschersleben er „General-Anzeiger", Hermann Stöter, von der Anklage, den Bürgermeister Becker und den Polizeikommissar Hänsch, beide in Oschersleben, beleidigt zu haben, kostenlos freigesprochen worden ist. Herr Stöter ist Stadtverordneter in Oschersleben und hatte Kenntniß erhalten von allerlei polizeilichen Inkorrektheiten, die sich zum Theil auch gegen ihn selbst richteten. Erst nachdem seine Bemühungen, bei den Stadtverordneten und beim Regierungspräsidenten Unterstützung zur Beseitigung der Mißstände zu finden, erfolglos geblieben waren, veröffentlichte er in seinem Blatte einen Artikel, in welchem er in sechs einzelnen Punkten Behauptungen aufstellte, welche geeignet waren, den Bürgermeister Becker und den Polizeikommissar Hänsch in der öffentlichen Achtung herabzusetzen. Die beiden genannten Herren stellten Strafantrag gegen Stöter, welcher den Wahrheitsbeweis antrat. Die Verhandlung, welche am 9. April 1902 vor dem Landgericht in Halberstadt stattfand, gestaltete sich für die Strafantragsteller so ungünstig, daß der Bürgermeister nach Vernehmung des siebenten Zeugen den Strafantrag für sich und seinen Dienstuntergebenen Polizeikommissar Hänsch zurückzog. Das Landgericht erkannte sodann auf Einstellung des Verfahrens. Auf die Revision des Angeklagten und des Staatsanwalts hob das Reichsgericht das Urtheil auf. Am 27. September v. J. verhandelte das Landgericht Halberstadt abermals in dieser Sache. Da die Beweisaufnahme wiederum zu Gunsten des Angeklagten ausfiel, erkannte es auf kostenlose Freisprechung. In den Urtheilsgründen hieß es u. A.: Die Aeußerungen des Angeklagten in dem inkriminirten Artikel waren geeignet, den Bürgermeister Becker und den Polizeikommissar Hänsch in der öffentlichen Achtung herabzusetzen. Der Angeklagte hat den Wahrheitsbeweis angetreten. Da sich unvereinbare Widersprüche zwischen den Aussagen des Polizeikommissars Hänsch und der anderen Polizeibeamten ergeben haben, welch letztere in allen wesentlichen Punkten die Behauptungen des Angeklagten bestätigt haben, so kann es dahingestellt bleiben, ob der Wahrheitsbeweis als geführt zu erachten ist. Denn der Angeklagte ist, selbst wenn der Wahrheitsbeweis nicht geführt worden wäre, freizusprechen, da ihm im vollen Umfange der Schutz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zuzubilligen war. Lediglich als Redakteur hatte er ein solches Recht allerdings nicht, aber er hat ein eigenes Interesse wahrgenommen. Gegen dieses Urtheil hatte der Nebenkläger Polizeikommissar Hänsch Revision eingelegt. Das Reichsgericht erkannte aber auf Verwerfung der Revision.

Militärjustiz. Ungeheures Aufsehen erregte es kürzlich, als in Rendsburg ein Unteroffizier, der einem Soldaten befohlen hatte, seinen eigenen Koth zu essen, dann, als er sich erbrechen mußte, auch das Erbrochene wieder aufzuessen befahl, zu nur 8 Monaten Gefängniß verurtheilt wurde. Um so seltsamer berührt ein Urtheil, das das Kriegsgericht in Halle a. S. fällte. Es wird darüber berichtet: Sehr theuer zu stehen kamen dem Gefreiten Grötgen von der 2. Eskadron des Kürassier-Regiment Nr. 7 von Halberstadt zwei Ohrfeigen, die er seinem Vorgesetzten, dem Unteroffizier Köditz, verabreicht hatte. Bei dem Rückmarsch von dem Manöver wurde die zweite Schwadron in Schnellroda bei Querfurt einquartirt, gelegentlich dessen am Abend des 19. September v. J. ein Tanzvergnügen stattfand, an dem auch G. und K. theilgenommen hatten. Ein Landwirth, der Bier zum besten gegeben hatte, gerieth mit G., der im 6. Jahre diente, und Bursche bei dem Rittmeister von Alvensleben war, in Streit, wobei der Unteroffizier, der erst im 4. Jahre dient, für den Spender Partei ergriff und den Gefreiten als Stiefelputzer und Hackenkratzer titulirte. Der Gefreite war dadurch erheblich gereizt und nannte den Köditz „grüner Unteroffizier", worauf dieser ausgespuckt und dem Gefreiten einen Schlag auf den Arm versetzt haben sollte. Schließlich verabreichte der Gefreite dem Unteroffizier in der Aufregung ein paar Ohrfeigen. G. war nun vor dem Kriegsgericht wegen thätlichen Angriffs und Beleidigung und K. wegen Beleidigung und vorschriftswidriger Behandlung eines Untergebenen angeklagt. Obgleich das Gericht anerkannte, daß der Gefreite erst gereizt worden ist und der Unteroffizier den Vorfall provozirt hat, verurtheilte es den Gefreiten zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängniß, während der Unteroffizier mit 14 Tagen Mittelarrest davonkam. Der Untergebene wurde auch sofort verhaftet.

Eine gefährliche Explosion ereignete sich am Dienstag an einer Lokomotive des von Cottbus in Dobrilugk-Kirchhain Abends eingelaufenen Schnellzuges. Die Passagiere hatten den Zug soeben bestiegen, und die Weiterfahrt sollte alsbald von Statten gehen, da erfolgte ein furchtbares donnerähnliches Getöse. Der rechte Dampfzylinder der Maschine war beim Hineinströmen des Dampfes geplatzt und unzählige größere und kleinere Metallstücke wurden nach allen Seiten hin geschleudert. Ein etwa 30 Pfd. schweres Eisenstück flog über das benachbarte Postgebäude hinweg und fiel mit großer Gewalt auf dem vor dem Stationsgebäude befindlichen Droschkenhalteplatz nieder. Der in der Nähe der Lokomotive weilende Stationsbeamte Rudolph, an dem größere Eisenstücke dicht vorbeisausten, kam mit dem bloßen Schrecken davon. Im Falle, daß die Explosion wenige Sekunden früher erfolgt wäre, wo noch zahlreiches Publikum auf dem Bahnsteig stand, wäre großes Unglück geschehen. Nach dreiviertelstündigem Aufenthalte konnte der Zug nach Halle weiterfahren; die unbrauchbar gewordene Maschine war durch eine Reservemaschine ersetzt worden.

Der Streik der ultramontanen Stadtväter in München endete, wie nicht anders zu erwarten, mit einem Rückzuge der „Gekränkten". In der Sitzung des Magistrats am Donnerstag fanden sie sich wieder ein, und ihr Führer, Kommerzienrath Leib, verlas eine langathmige Erklärung gegen den liberalen Geheimen Kommerzienrath v. Weidert, in der er zu dem würdevollen Schluß kam, daß ihm sein liberaler Gegner „vollkommen Luft sei". Acht Tage hatte der Zentrumshäuptling gebraucht, um sich auf diesen Ausweg zu besinnen. Herr v. Weidert gab kurz die Erwiderung ab, daß er das Urtheil über das Vorgehen der Ultramontanen und ihres Führers der Bürgerschaft überlasse.

Lhasa ist erreicht! Man schreibt der „Frkf. Ztg.": Das von allen Asien-Erforschern und -Reisenden so sehr ersehnte Ziel, das Betreten des tibetanischen Rom, der Hauptstadt Lhasa, ist nunmehr erreicht worden. Allerdings hat kein europäischer Gelehrter den heiligen buddhistischen Boden der Residenz des Dalai-Lama betreten; vielmehr ist, wie das „Athenaeum" indischen Blättern entnimmt, ein japanischer buddhistischer Gelehrter, dessen Name nicht genannt wird, so glücklich gewesen, hindurchzudringen. Sein Reisezweck soll die Untersuchung der Verschiedenheiten des japanischen und tibetanischen buddhistischen Rituals gewesen sein, und nachdem die Einwohner und Behörden von Lhasa den Sohn der großen Insel als Buddhisten erkannt hatten, haben sie ihn mit außerordentlicher Gastfreundschaft aufgenommen. Er durfte sich in Lhasa aufhalten und alles Interessante betrachten. Es wird mitgetheilt, daß der Japaner einen Reisebericht in seiner Sprache und dann in englischer Uebersetzung erscheinen lassen wird.

Ein Gerichtshof für Kinder. Eine Neuerung im Gerichtswesen, die nachahmenswerth zu sein scheint, hat Newyork. Um zu verhindern, daß Kinder, die sich ein Vergehen haben zu Schulden kommen lassen und deshalb vor Gericht erscheinen müssen, an dieser Stätte mit schlimmen Elementen in Berührung kommen und so vollends verdorben werden, ist ein besonderer Gerichtshof für sie eingerichtet worden. Dieser „New-Court", der für jugendliche Missethäter vor einigen Wochen eröffnet wurde, hat sich als großer Erfolg erwiesen. Unter einem gütigen und besonnenen Richter hat er schon viel gethan, irrende Kinder wieder auf den richtigen Weg zu leiten. Gleichzeitig ist mit der Eröffnung des „New-Court" ein Uebereinkommen mit der „Gesellschaft zur Verhinderung der Grausamkeit gegen Kinder" getroffen worden, die über Nacht für die jungen Delinquenten Sorge trägt, damit sie nicht auf der Polizeistation inhaftirt werden. Morgens werden sie in ein neues, reinliches, kleines Gerichtsgebäude gebracht, wo keine alten Verbrecher, Trunkenbolde oder schlechte Frauen sind, die sie weiter anstecken können. Der Gerichtssaal ist sauber und gut gelüftet und hat doch das Ergreifende einer so ernsten Sache nicht verloren. Auf einer Seite sitzt hinter einer hohen Schranke der Richter in seiner Robe, links befindet sich eine schwarze Thür, durch die ein langer Zug von Kindern schreitet. Jeden Tag kommt dieser Zug kleiner, rührender Figuren, die oft Geschichten von großem Elend erzählen. Es ist ein Ort der Thränen, ein Gerichtshof der Trauer. Um 10¼ Uhr wird die schwarze Thür geöffnet und jenseits sieht man im Halbdunkel eiserne Stangen und dahinter kleine Gesichter hervorlugen. Es sind Dutzende; schweigend, bewegungslos starren sie wie gefangene Thiere und bemühen sich, einen Schimmer von den Verwandten zu sehen, die sich im Hintergrunde des Zimmers versammeln, stumm und elend auf den Bänken sitzen und darauf warten, ihr Kind zu reklamiren, darüber zu weinen und es zu küssen, wenn sich nach dem Urtheilsspruche die Gefängnißthüren hinter ihnen schließen. Der Unterbeamte gebietet „Ruhe", und dann tritt der Richter in seiner Robe ernst ein und nimmt seinen Platz ein. Er ist ein Mann von gesundem Menschenverstande mit einer Dosis Humor. Von der Dunkelheit jenseits der Thür wird ein Gemurmel der Furcht hörbar. Der Beamte ruft mit lauter befehlender Stimme einen Namen. Aus der schwarzen Thür taucht ein kleines Mädchen auf. Es steht einen Augenblick halb geblendet in dem Lichte. Dann geht es auf das Drängen eines Polizisten vorwärts und betritt die Tribüne. Im Hintergrunde des Zimmers will ein verblühtes Weib in abgetragener Kleidung vorschreiten, aber ein bleicher, von Kummer gebeugter Mann hält sie zurück. Der Richter spricht freundlich mit dem zitternden Kinde, die Frau und der abgehärmte Mann versprechen, in Zukunft strenger aufzupassen, und das Kind wird freigegeben. Newyork ist kosmopolitisch in seiner Bevölkerung, und manche komische Szenen passiren in Folge der Sprachenverwirrung. Die meisten Kinder räumen schnell ihre Schuld ein. In solchen Fällen wird das Urtheil oft suspendirt, wenn nicht eine besonders schwere Missethat vorliegt; dann werden die Kinder Anstalten zur Erziehung jugendlicher verstockter Sünder überwiesen. Der jugendliche Verbrecher wird aus seiner Umgebung herausgenommen und ihm so wenigstens eine Möglichkeit der Besserung eröffnet. Dann und wann aber öffnet auch eine traurige Erzählung von Mangel und Elend die Thüre zu einer besseren und glücklicheren Zukunft.

Ein Konsul, der die Flagge versetzt. Im Repräsentantenhause in Washington beschwerte sich, wie der „Daily Mail" mitgetheilt wird, ein Vertreter für Texas über die amerikanischen Konsuln in Mexiko. Er erklärte, diese Leute seien entweder Invaliden oder Trunkenbolde. In einer der großen mexikanischen Städte habe der amerikanische Konsul die Konsulatsflagge für 2 Shilling versetzt, um sich Whisky zu kaufen. Ein anderer Konsul habe fliehen müssen, weil er sonst in eine ernstliche, gerichtliche Untersuchung verwickelt worden wäre. Ein dritter Konsul stehe unter der Anklage, einer Eisenbahngesellschaft Kohlen gestohlen zu haben, und ein vierter sei im Delirium tremens im Hospital gestorben.

Ein fürstliches Honorar für — Nichtsthun. Anläßlich des Todes von Thomas Nast, dem „Vater der amerikanischen Karikatur", ist in Newyork die Frage aufgeworfen worden, ob das Karikiren sich auf die Dauer bezahlt macht. Mr. Nast hat trotz aller seiner berühmten Arbeiten nur 40 000 Mark hinterlassen. Andererseits haben Leute wie Opper und Davenport ein bedeutendes Einkommen. Der amerikanische Karikaturist ist der Schrecken der politischen Partei, deren Gegner er ist. Bei dem letzten Wahlkampf um die Präsidentschaft bot man einem berühmten Karikaturisten 100 000 Mark, wenn er nur fünf Monate lang sich des Zeichnens enthalten wollte. Er wies das Anerbieten aber zurück.

---

das Komiteemitglied im Tone lebhaften Bedauerns fort. „Nach Ihrer gestrigen Depesche erwarteten wir Ihre Ankunft schon gestern Abend — leider war es uns nicht vergönnt, den berühmtesten Fahrer Oesterreichs in unserer Mitte zu sehen."

„Ich hatte leider bei Magdeburg — Sie werden wissen, daß ich eben von Paris komme — das Unglück, mir die Pneumatik zu beschädigen. Dadurch erlitt ich einen mehrstündigen unangenehmen Aufenthalt, den wieder einzubringen unmöglich war, trotzdem ich bereits heute früh 4 Uhr aufgebrochen bin."

„Der Zeitverlust beträgt kaum eine Stunde — ein Fahrer von Ihrer Routine und mit einem so schnellen Fahrzeuge wird denselben ganz sicher bald wieder einbringen."

„Ich hoffe es," versetzte der Graf mit selbstbewußtem Lächeln.

„Werden Sie sofort weiterfahren?"

„Ich bin noch nüchtern und möchte mich erst ein wenig restauriren."

„Darf ich Sie bitten, mich zu begleiten? Sie werden alles vorfinden, dessen Sie bedürfen."

Graf Arvary warf einen bedenklichen Blick auf seinen Wagen. Der Herr, dieser auffangend, bemerkte lächelnd, er könne das Gefährt für die kurze Zeit getrost sich selbst überlassen. Die übrigen Automobile stünden ja auch da, und einige davon schon seit Stunden. Uebrigens seien auch mehrere Polizisten anwesend, die für Aufrechterhaltung der Ordnung Sorge trügen. Der Graf nickte und folgte seinem Führer in die Arenabahn, um in fliegender Eile einen Imbiß einzunehmen.

Die Umstehenden lauschten dem Gespräch der beiden Automobilisten mit jener bewundernden Ehrfurcht, welche die Menge bei solchen Gelegenheiten allen Begünstigten des Geschicks, das heißt den Theilnehmern und Mitwirkenden oder in sonst einer Beziehung zum Gegenstand ihrer Begeisterung stehenden Personen entgegenträgt. Einige derselben traten näher heran, um das schöne Gefährt genauer in Augenschein zu nehmen, Ausrufe der Anerkennung und Bewunderung wurden laut, man rühmte das Ganze sowie die einzelnen Theile, erwog den Preis, die Geschwindigkeit und Ausdauer. Der Name des Besitzers ging von Mund zu Mund, ebenso die Thatsache, daß es Graf Arvary sei, der im vorigen Jahre bei der Wettfahrt Paris—Brüssel nicht nur als Erster ans Ziel gekommen sei, sondern auch Rekord gefahren habe.

Plötzlich drängte sich ein einzelner Mann ungestüm durch die Menge. Elegant gekleidet, mit charakteristischen Zügen, lebhaften schwarzen Augen, rief er den Eindruck eines Mitgliedes der „besseren Stände" hervor. Mit scharfem Blicke musterte er die einzelnen Fahrzeuge, dann trat er mit sicheren Schritten auf das Automobil des Grafen Arvary zu, forderte die Neugierigen auf, ihm Raum zu geben und machte sich, ganz als ob er dazu berechtigt wäre, an der Lenkstange zu schaffen.

„Nummer zwölf — das ist doch Nummer zwölf?" rief er laut den Umstehenden zu. Er hatte die Nummer gelesen, als er um das Gefährt herumging.

„Jawohl."

„Gut — macht Platz — ich soll alles in Stand setzen, damit die Fahrt sofort weiter gehen kann."

Ohne die geringste Unsicherheit zu verrathen, schwang er sich in den Phaeton hinein, hantirte am Motor, füllte Petroleum auf, prüfte die Ventile, entzündete die Flamme.

„Sieh da, Freundchen," rief er einem jungen Manne zu, der dicht vor dem Schlage stand, „Sie möchten wohl gern einmal mitfahren?"

„Natürlich," schallte es freudig zurück.

„So kaufen Sie sich gefälligst ein Automobil — kostet nur 10 000 Mark."

Alles lachte, der Herr aber rief: „Achtung — marsch aus dem Wege — ich muß den Wagen wenden!" Und noch während er sprach, begann die Maschine zu arbeiten und die Räder setzten sich in rollende Bewegung.

In diesem Augenblicke gewahrte Polizeikommissar Allmers, der, nachdem er unter den die einzelnen Fuhrwerke umgebenden Personen Musterung gehalten, soeben das zuletzt angekommene Gefährt erreichte, den im Innern des Phaetons beschäftigten Herrn.

„Das ist er — er entflieht uns — haltet ihn — ihm nach!" rief er mit lauter, gebieterischer Stimme, sich in Galopp setzend — der Fremde vernahm die Worte, sein gelbliches Gesicht wurde noch um einen Schatten dunkler unter dem Einfluß des anstürmenden Blutes, ein grimmiger Strahl schoß aus seinen Augen, „Achtung — aus dem Wege," brüllte er in einem Ton, der von der wüthendsten Desperation diktirt war, und mitten durch die knirschend und fluchend zurückweichenden Menschen hindurch bahnte er sich mit dem flüchtigen Fahrer seinen Weg.

Vergebens liefen die Polizeibeamten hinter ihm drein, mit schrillen Rufen die Aufforderung ergehen lassend, ihn aufzuhalten — wer hätte sich dem mit immer rasenderer Schnelligkeit dahinsausenden Gefährt entgegenwerfen wollen? Es wäre Wahnsinn gewesen, heller Wahnsinn, und sicherer Tod für den Verblendeten, der den Versuch unternommen hätte.

(Fortsetzung folgt).

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer u. Co. — Sämmtliche in Lübeck.